

Bezugspreis:

Vierteljährlich 3.00 M., monatlich 1.00 M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 1.00 M., einjährig 10.00 M. ...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Komparatabelle kostet 5,50 M. 'Kleine Anzeigen' das fertige Wort 1,50 M. ...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags im Postgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Sonnabend, den 14. Mai 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Scharfe Rede Lloyd Georges gegen Polen

Für Deutschlands Recht sich zu wehren.

London, 13. Mai. (WIB.) Lloyd George erklärte im Unterhaus, die Alliierten müßten darauf bestehen, daß der Friedensvertrag respektiert werde. Er erklärte weiter: Zu behaupten, daß solche Truppen, wie sie Deutschland hat, zur Teilnahme an der Wiederherstellung der Ordnung nicht zugelassen werden dürfen, ist unfair. ...

in Verachtung des Friedensvertrages Oberschlesien wegzunehmen.

und daß es auch Deutschen nicht gestattet sein soll, auch in einer Provinz zu verteidigen, die auch 200 Jahre gehört hat und die 600 Jahre lang gewiß nicht polnisch war.

wäre ersehrend und unwert der Ehre jedes Landes.

Lloyd George ist völlig gewiß, daß die Haltung der Alliierten nicht gerecht sein werde. Das einzige, was er im Namen der Regierung sagen möchte, sei, daß, was auch immer sich ereignen möge, ...

sie ein fait accompli nicht anerkennen

würden. (Beifall.)

Lloyd George erklärte weiter, die polnische Regierung habe die Verantwortung abgelehnt und er sei genötigt gewesen, diese Erklärung als Ausdruck ihrer wahren Meinung anzusehen; aber eine solche Erklärung sei einmal zu viel ergangen.

Lloyd George erinnerte an die Regelung der litauischen Frage, bei der die Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien und England beteiligt waren. Wilna sei von regulären polnischen Truppen besetzt worden, was eine Herausforderung der Alliierten gewesen sei. Polen sei ersucht worden, die Truppen zurückzuziehen, habe jedoch die Verantwortung für die Besetzung abgelehnt.

Dasselbe habe sich jetzt ereignet.

dieses Ablehnung der Verantwortung. Die Tatsache, daß Waffen von Polen her eingeführt wurden, daß Offiziere die Grenze überschritten, mache es sehr schwer, sich dem Gefühl zu verschließen, daß die Ablehnung der Verantwortung ...

nicht anders als bloß im Wortsinne zu deuten

sel. Als d'Annunzio in Herausforderung der italienischen Regierung Fiume wagnah, fühlte die italienische Nation, daß ihre Ehre im Spiele war und d'Annunzio und seine Leute waren aus Fiume hinaus. Die Italiener schritten sogar zu bewaffnetem Eingreifen, denn sie fühlten, daß die Ehre einer großen Nation in die Angelegenheit verwickelt war. Er halte Polen dieses schöne Beispiel vor. Das höchste Interesse der Alliierten gehe dahin, den Vertrag von Versailles innezuhalten. Gegenwärtig hätten sie die Hebermacht auf ihrer Seite und Deutschland habe sich unterworfen. Die Zukunft sei dunkel und ungewiß.

Ohne uns vorzeitigen und allzu weitgehenden Hoffnungen über die Beständigkeit der englischen Politik hinzugeben, so dürfen wir doch diese energische Sprache Lloyd Georges mit Genugtuung verzeichnen. Man kann wohl sagen, daß es zum erstenmal ist, daß der englische Premierminister so eindeutig seinen Einfluß in die Wagschale zugunsten der deutschen Auffassung des Karantynischen Aufstandes wirft.

Der Satz über die Berechtigung Deutschlands, seine Truppen zur Wiederherstellung der Ordnung zu verwenden, richtet sich in nicht mißverständlicher Weise gegen Briand und dessen bekannte unerhörte Ablehnung jeder „unabhängigen Hilfe“. Mit dem Ausdruck „unfair“, der beinahe mit „unehrenhaft“ gleichbedeutend ist, hat Lloyd George die Handlungsweise des französischen Ministerpräsidenten gekennzeichnet.

Und nun fragen wir: Glaubte jemand, daß Lloyd George jemals diese Rede gehalten hätte, wenn Deutschland vor drei Tagen das Ultimatum abgelehnt hätte? Die Entente hätte sich als mit Deutschland im Kriegszustand befindlich erachtet, und auch England hätte keinen Finger mehr gegen einen „fait accompli“, gegen eine vollendete Tatsache in Oberschlesien gerührt.

Nach dieser Rede Lloyd Georges, die eine unzweideutige Warnung an die Pariser und Warschauer Presse bedeutet, besteht vielmehr die Hoffnung, daß die eng-

lische Politik sich nunmehr in die Richtung jener Gerechtigkeit bewegen wird, die wir Deutschen für die Lösung der oberschlesischen Frage verlangen.

Hätte die Politik der Rechtsparteien gegenüber dem Ultimatum der Entente gesiegt, dann würde Oberschlesien schon jetzt rettungslos den Polen preisgegeben sein. Jetzt besteht die begründete Hoffnung, daß Oberschlesien Deutschland erhalten bleibe.

Die Parteien, die für die Unterzeichnung gestimmt haben, voran die Sozialdemokratie, die in der entscheidenden Stunde in die Bresche gesprungen ist, haben damit Oberschlesien — und ganz Deutschland vor dem Untergang gerettet!

England stellt Warschau's Teilnahme fest.

London, 13. Mai. (Dena.) Die „Westminster Gazette“ meldet: Der englische Botschafter in Warschau bestätigt, daß die polnische Regierung reguläre Truppen in beträchtlicher Zahl gegen Oberschlesien habe aufmarschieren lassen. Es könne deshalb nicht bezweifelt werden, daß ein innerer Zusammenhang zwischen diesem Aufmarsch und der Tätigkeit der polnischen Insurgenten in Wirklichkeit bestehe.

London, 13. Mai. (WIB.) — Im Unterhaus fragte Sir Samuel Hoare, über die in Oberschlesien durch die polnischen Aufständischen geschaffene Lage sprechend, an, ob die alliierten Delegierten an Ort und Stelle die getroffenen Vorbereitungen bemerkt, und ob sie, ihren Regierungen darüber Bericht erstattet hätten. Wenn dies der Fall gewesen sei, weshalb dann nicht Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden seien, um die Durchführung des Staatsstreiches zu verhindern. Sir Samuel Hoare forderte, daß ein Druck auf die polnische Regierung ausgeübt werde, um die polnischen Freibeuter zu zwingen, Oberschlesien zu räumen. Kennwort erklärte, daß es besser sei, ganz Oberschlesien würde an Deutschland gegeben.

London, 13. Mai. (WIB.) „Ball Mail and Globe“ (ein im allgemeinen ausgesprochen deutschfeindliches Blatt. Die Red. d. „B.“) schreibt unter der Überschrift: „Die Freibeuter und ihre Freunde“, die französische Presse sei schlecht beraten, wenn sie, wie dies der Fall sei, die Versäumnisse der französischen Vertreter gegenüber den polnischen Freibeutern bemäntele. Die Aufrichtigkeit Frankreichs sei ernstlich durch die Ereignisse in Oberschlesien angefochten worden und mit ihr auch die Glaubwürdigkeit der Alliierten im ganzen. Wenn gewisse französische Befehlshaber für ihr Benehmen nicht zur Rechenschaft gezogen würden, dann sei das moralische Prestige der Entente in Mitteleuropa für dauernd geschwächt.

Botschafterrat und Oberschlesien.

Paris, 13. Mai. (WIB.) Die Botschafterkonferenz hat heute vormittag eine Sitzung abgehalten. Sie beschäftigte sich mit verschiedenen Fragen betreffend die Ausführung des Friedensvertrages. Außerdem nahm sie Kenntnis von gewissen Informationen über Oberschlesien, die die deutsche Delegation der Konferenz unterbreitet hatte.

Aufruf der Rattowitzer Deutschen und Gewerkschaften.

Oppeln, 13. Mai. (WIB.) Folgendes Telegramm ist an die Interalliierte Kommission in Oppeln gerichtet worden: In der Nacht zum 13. Mai wurden in der Stadt Rattowitz von den bewaffneten Insurgenten Plünderungen vorgenommen. Es wurden geplündert das Restaurant Bismarckkeller, nachdem die Eingangstür durch drei Handgranaten gesprengt worden war und die Ortstelle der Helmattreuen in dem mitten in der Stadt gelegenen Hause Leichstr. 10. Die Plünderer hielten sich dort mehrere Stunden auf. Ferner wurden geplündert zwei Lebensmittelgeschäfte in der Helmschloße. Die französischen Truppen sind gegen die Plünderungen in keiner Weise eingeschritten. Die Bevölkerung ist vollkommen schutzlos. Es wird um energische Anweisung an den Kommandanten von Rattowitz gebeten, daß er mit allen Mitteln gegen derartige bolschewistische Ausschreitungen vorgeht.

Die deutschen Partein und Gewerkschaften.

Oppeln, 13. Mai. (WIB.) Die Lage in der Stadt Rattowitz spitzt sich immer mehr zu. Es laufen ständig neue Meldungen über Plünderungen und Raubzüge der Aufrührer in einzelnen Stadtteilen ein. Die deutschen Kreise rechnen mit einem in den nächsten Tagen bevorstehenden Angriff. Auch aus Nikolai werden Plünderungen der Aufständischen gemeldet, die sich nicht mehr in der Hand ihrer Führer befinden. Ueberaus ernst ist auch die Lage im Landkreis Gleiwitz. Die Insurgenten requirieren größere Mengen an Schlachtvieh, sowie Pferde. Die Lebensmittelnot in den Industriestädten des Landkreises Gleiwitz wächst. In Hindenburg

wurde das Flüchtlingslager von den Aufrührern geplündert; 30 Flüchtlinge wurden vertrieben. Im Kreise Groß-Strehlitz wurden den Aufständischen vier Maschinengewehre abgenommen; ein Granatwerfer wurde zerstört. Gogolin mußte von den Polen geräumt werden. In den übrigen Kreisen ist die Lage unverändert.

Lagebericht.

Gleiwitz, 13. Mai. (WIB.) Die Stadt Peiskretzfel ist vergangene Nacht von Aufrührern besetzt worden trotz der wiederholten Versicherungen des Kreiscontrollers, daß die Stadt frei bleiben würde.

Kreuzburg, 13. Mai. (WIB.) Entgegen polnischen Pressemeldungen haben Kreuzburg Stadt und Land und die angrenzenden Teile des Kreises Rosenberg und Oppeln bisher durch eine in vollem Einvernehmen mit den interalliierten Behörden geschaffene Organisation gehalten werden können. Man hofft, sie auch weiter halten zu können. Französische Truppen sind nicht mehr in der Stadt.

Warnung vor Unbesonnenheiten!

Breslau, 13. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“). Die mittelschlesische Sozialdemokratie hatte heute eine Bezirksparteikonferenz in Breslau unter Leitung des Landtagsabgeordneten Schölich. Da unsere oberschlesischen Parteioptionen gegenwärtig untereinander wegen der Isolierung der Städte keinerlei Verbindung halten können, schließen sich auch die oberschlesischen Parteigenossen gegenwärtig mit ihrer Arbeit an die mittelschlesischen Parteioptionen an, soweit direkte Verbindung Oberschlesiens mit Mittelschlesien noch besteht.

Aus den Berichten der Genossen, welche aus Oberschlesien kamen, war zu erkennen, daß die gestrigen Erklärungen des Generals Le Rond in Oppeln nicht genügende Beruhigung geschaffen haben, da General Le Rond kein Vertrauen mehr bei der deutschen Bevölkerung Oberschlesiens besitzt. Die Erregung wächst noch dadurch, daß in den ländlichen Bezirken der Terrae der Polen ungehindert weiter wüthet. Die großen Städte mit den Nachsichtszentralen erfahren von dem fürchterlichen Wüthen der polnischen Banden aus den kleineren Orten nur den geringsten Teil. Was ruhig urteilende Parteigenossen aus den einzelnen Bezirken glaubwürdig berichten, ist so entsetzlich, daß man es versteht, wenn die oberschlesische Arbeiterbevölkerung sich immer stärker dem Selbstschutzzgedanken zuwendet. Unser schlesisches Parteioption, die „Vollsmacht“, warnt nachdrücklich gerade auf Grund dieser Stimmung der oberschlesischen Parteigenossen, deren eigenes Blatt nur noch im engsten Rattowitzer Stadtbezirk verbreitet werden kann, erneut vor unbesonnenen Handlungen.

Die „Vollsmacht“ schreibt:

„Herr Le Rond hat sicherlich nicht aus innerer Reizung und auch nicht in erster Reihe zu dem deutschen Selbstschutz und der Streikbewegung seine weitgehenden Erklärungen abgegeben. Augenscheinlich lag auf Grund der Annahme des Ultimatum und der Bildung einer Reichsregierung, die Vertrauen im Auslande genießt, eine ganz energische Weisung des Botschafterrats an ihn vor, und sein Posten steht auf dem Spiel, wenn er den Kampf mit Karantyn nicht aufnimmt. Es ist Aufgabe der deutschen Bevölkerung, ihre Geduld nicht zu verlieren und Le Rond keinen Vorwand zu geben, daß er den Weisungen seiner Auftraggeber doch noch ausweichen kann. Das Land außerhalb der großen Städte und der rein deutschen Bezirke ist in der Hand der Polen. Le Rond wird zum Angriff gegen sie schreiten müssen. Er soll jetzt nicht sagen dürfen, daß er seine Maschinengewehre in Oppeln zum Schutze gegen deutsche Demonstrationen braucht.“

Bom Bezirksparteitag ist noch zu erwähnen, daß allgemein ein Referat des Landtagsabgeordneten Schölich Zustimmung fand, welches die Haltung der Reichstagsfraktion billigte.

Polnische Agentenfälschung.

Die „Enthüllung“ der „Roten Fahne“.

Das Reichswehrministerium teilt mit: Die angeblichen Befehle des Reichswehrministeriums in der „Roten Fahne“ vom 13. Mai morgens haben eine rasche und eigenartige Aufklärung erfahren. Wie der Untersuchungsrichter des Reichsgerichts mitteilt, ist der Buchhalter Wozniakowski, ein polnischer Agent, gegen den ein Verfahren wegen Landesverrats schwebt, geflüchtet, diese und andere Befehle selbst hergestellt, photographiert und die Photographien dieser Fälschungen als echte Befehle der polnischen Regierung übermittelt zu haben. Die Photographien befinden sich bei den Gerichtsakten.

Die „Rote Fahne“, die sich polnische Agentenmaterial in die Hand drücken ließ, hat in dieser Sache unerhört leichtfertig gehandelt. Aber schließlich entspricht diese Veröffentlichung nur der ganzen Art, in der die „Rote Fahne“ den national-polnischen Aufstand in Oberschlesien ihren Lesern in eine proletarisch-kommunistische Revolution umfüßt.

Doppelspiel mit Oberschlesien.

Von Arthur Saturnus.

Das französisch-polnische Doppelspiel in Oberschlesien wächst sich mit jedem Tage, den der Polenaufruf fortbauert, zu einem völkerrechtlichen Skandal ohne Gleichen aus. Polnische Banden halten das Industriegebiet mit Ausnahme einiger großer Städte besetzt. In den Händen der Insurgenten ist das flache Land östlich der sogenannten Korsantj-Linie, die südlich längs der Oder beginnt, dann quer durch den Kreis Großstrehlitz verläuft — die Kreisstadt mit ihrer erdrückenden deutschen Mehrheit natürlich auf polnischer Seite! — und den Kreis Rosenberg teilt. Die stärkste Besatzungsmacht, die französische, sturmbewährt in den erlittenen Kämpfen eines mehr als vierjährigen Krieges und bis an die Zähne bewaffnet, findet die Dinge in schönster Ordnung, leugnet alle Abmachungen mit den Polen, verspricht Ruhe und Ordnung und hält nichts. Seit Wochen schon dauert dieser Zustand. Engländer und Italiener, die mit den Franzosen zusammen in der Interalliierten Kommission sitzen, spüren das himmelschreiende Unrecht. Sie wissen ebenso wie General Le Rond, der es oft behauptet, daß es die Aufgabe der Besatzungsmacht ist, im Auftrage des Obersten Rates die Verwaltung zu üben. Und sie, besonders die Italiener, sind dafür mit Verweisen an Menschenleben, mit niedrigen Schmähungen ihrer Gesandtschaften in Warschau bestraft worden, weil sie es gewagt haben, den ihnen erteilten Auftrag ernst zu nehmen. Bis zum letzten Augenblick haben die deutschen Behörden sich den Befehlen der Interalliierten Kommission unterworfen und die deutschen Interessen wahrzunehmen versucht. Erst gestern hat der Fürst Haksfeld, der deutsche Vertreter bei der Interalliierten Kommission, seinen Rücktritt erklärt und damit gegen die verlogene Haltung Le Ronds und seiner Auftragsgeber demonstriert.

Nicht die nationale Schmähung, selbst nicht das schreiende Unrecht, das einem seit Jahr und Tag auf die Folter gespannten Volksteil zugefügt wurde, gibt uns das Recht, gegen das unsaubere Spiel zu protestieren, das mit Oberschlesien gespielt wird. Hier liegt ein offenkundiger Bruch eines völkerrechtlichen Abkommens vor, der, wird er nicht schleunigst eingereckt, zu der schwersten Gefährdung des Völkerfriedens führen muß. Frankreichs Karten liegen für den, der sehen will, offen. Es hat im ersten Entwurf des Friedensvertrages Oberschlesien ohne Volksentscheid in die Hände der Polen spielen wollen. Darauf gelang es zu erwirken, daß die Volksabstimmung stattfand mit dem Ziel, der Oberste Rat sollte unter Berücksichtigung der gemeindefeindlichen Ergebnisse und der wirtschaftlichen Zusammenhänge die Grenze festlegen. Letztere verweisen — das wurde oft genug gesagt — Oberschlesien als Ganzes an Deutschland. Schwieriger ist die Berücksichtigung der Gemeindefeindlichkeit gewesen. Unter dem Druck des polnischen Terrors und unter tatkräftiger Förderung eines Teiles der einflussreichen Geisteslichter stimmte das flache Land polnisch. Die Gesamtmehrheit aber war deutsch, sowohl im zentralen Industriegebiet wie in Oberschlesien überhaupt. Im Industriegebiet hatte sogar ein beträchtlicher Teil der volkreichen, von einer gut organisierten Arbeitererschaft bewohnten Dörfer deutsche Mehrheiten. Dieses Abstimmungsresultat schien den französisch-polnischen Absichten günstig. Die deutsche Öffentlichkeit hatte, wie üblich, sich vom Zwang des Unrechts und von denjenigen Leuten, die die neue Grenzbestimmung für vermeintlich hiesigen Irreleitern lassen und den üblichen Siegestrausch entfalten, ohne zu bedenken, daß die Nebenart von dem „unteilbaren“ Oberschlesien sich einmal gegen Deutschland angewandt werden könnte. Anstatt nun an einer Einleitungsmitarbeit die dem Friedensvertrag und — mit seiner Erfüllung! — den deutschen Interessen dienlich war, beschränkte man sich fast allenthalben auf die unfruchtbare Anteilbarkeitsparole.

Inzwischen arbeitete die polnische Agitation anders. Durch die französische Presse gingen Karten, die das Abstimmungs-

ergebnis verfälschten, nachdem Korsantj auf Grund des Volksentscheides in den Landkreisen Siegesmeldungen hinausposaunt hatte. In den französischen Karten des Abstimmungsresultates ist es durch geschickte Fälschungen vertuscht, daß das Industriegebiet tatsächlich eine deutsche Mehrheit hatte. Im Gegenteile. Geschickte Schraffierungen machten dem gläubigen Franzosen klar, daß das Land in überwiegender Mehrheit zu 50 bis 85 Proz. polnisch gestimmt hätte! Erdrückende deutsche Mehrheiten in volkreichen Orten, wie Königshütte, Hindenburg, Beuthen, Gleiwitz usw., sind gar nicht verzeichnet. Dagegen zeigen breit angelegte Linien durch das flache Land, daß dieses — zum großen Teil aus vollkornen Wäldern und Feldern bestehende — Gebiet polnisch gestimmt habe! Erst vor wenigen Tagen raffte man sich in Deutschland dazu auf, diesem Kartenlaborat eine wissenschaftlich durchgearbeitete Zeichnung entgegenzustellen, die die tatsächlichen Verhältnisse wahrheitsgetreu widerspiegelt.

Als dieser papierne Krieg in aller Gemütslichkeit geführt wurde, ging der Brand in Oberschlesien los. Lange hatte Korsantj gerastet. Waffen bis zum Winenwerfer trafen längst vor dem Aufstand ein. Die Interalliierte Kommission fand es nicht für nötig, die oberschlesisch-polnische Grenze mit eigenen Truppen zu besetzen. So brach der Aufstand aus. Schnell waren Sprengkolonnen bei der Hand, die Bewegung, über die alle Blätter berichteten, griff um sich, und die Mutter Gottes von Czestochau sandte sogar Geschütze und Panzerzüge! Polen wußte von der Sache beiseite nichts. Herr Le Rond war kurz vorher nach Paris gefahren, um nicht von dem unangenehmen Geräusch der Brüdensprengungen bei Doppeln aus dem Schlaf gestört zu werden. Als er zurückkehrte, war er bald Herr der Lage. Wie immer, und wie auch vorauszusehen war.

Genau so wie während des Polenterrors vor und nach der Abstimmung sahen und hörten die Franzosen nirgend etwas von widerrechtlicher Gewaltanmaßung. In Beuthen, wo viele französische Offiziere Gäste des Herrn Korsantj gewesen waren, trompetete die großpolnische „Grenzzeitung“ ihre Siegesfanfaren. Niemand störte sie. Der Generalfreie ging zurück. Die Insurgenten herrschten weiter. Korsantj proklamierte eine Scheidengrenze, die er mit seinen Truppen nicht überschreiten wollte. Die Franzosen haben zwar, wie Herr Le Rond versichert, kein Abkommen geschlossen, überschreiten diese Grenze aber vorsichtshalber auch nicht. Wenigstens nicht in der Absicht, die Regierungsgewalt der Interalliierten Kommission wiederherzustellen. Und so läuft dieses Spiel offen darauf hinaus, vollendete Tatsachen zu schaffen, gegen die sich eine erbitterte und fast hoffnungslose Bevölkerung wehrt, wo noch eine Abwehr möglich ist. Paris ist weit und die französische Diplomatie ist klug. Nicht umsonst hat sie dauernd versucht, die oberschlesische Frage mit der Wiedergutmachung zu verknüpfen. Jetzt hat Deutschland die schwersten Opfer auf sich genommen und das Ultimatum doch unterschrieben. Nun kann es nur noch Zweck des passiven Verhaltens General Le Ronds sein, die unhaltbaren Zustände zu verewigen, bis in Paris eine Teilung durchgeleitet ist, die der Korsantj-Linie entspricht. Schlimmer aber noch wäre es — und darauf scheint man es offenkundig anzulegen — wenn die deutsche Bevölkerung aus ihrer Reserve herausträte und sich mit den letzten Mitteln selbst zu helfen suchte. Dann wäre die Voraussetzung für einen polnischen Einmarsch gegeben, und Le Rond, der ewig Vacheinnde, hätte seinen Auftrag erfüllt. Es kann nicht dringend genug gewarnt werden, und die Reichsregierung wird hoffentlich Mittel und Wege finden, Unbesonnenen davon abzuhalten, daß sie in letzter Stunde eine Entscheidung heraufbeschwören, die ein Unglück für ganz Deutschland wäre!

Sobald hat Lloyd George die Haltung der englischen Regierung dahin erklärt, daß sie eine Vergewaltigung Oberschlesiens nicht zulassen, vollendete Tatsachen nicht anerkennen würde. Das berechtigt zur Hoffnung, daß man in Paris eine gerechtere Lösung der Frage finden wird.

Was aber würde mit einem General geschehen, dessen Truppen meutern, obwohl er von dieser ihrer Absicht

vorher Kenntnis gehabt und nichts dagegen getan hat? — Nicht 24 Stunden länger würde er im Amte bleiben. Das Ansehen seiner Regierung duldet es nicht. Herr Le Rond aber handelt als Sachwalter der Völkermacht, die nach dem Völkerbund die mächtigste der Welt ist, und spielt den Bod als Biergärtner — seit Monaten schon! Hat der Oberste Rat, in dem ja nicht nur Franzosen sitzen, nichts von dem, was man sonst als „nationales“ Ehrgefühl so peinlich genau nimmt?

Programmatistische Forderungen.

Billigung der Regierungsübernahme.

Breslau, 13. Mai. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Eine sozialdemokratische Mitgliederversammlung in Breslau nahm am Donnerstag unter stürkter Beteiligung der Parteigenossen Stellung zur Annahme des Ultimatums und zum Eintritt in die Reichsregierung. Die schwere Belastung der Partei durch die übernommene Verantwortung wurde von allen Seiten festgestellt. Trotzdem wurde gegen wenige Stimmen folgende Entschließung angenommen:

Die Sozialdemokratische Partei Breslaus stellt fest, daß die Sozialdemokratie in die Reichsregierung eintreten mußte, weil Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei das Schicksal Oberschlesiens und des Ruhrgebiets und damit das Schicksal Deutschlands aus Parteioptimismus aufs Spiel setzen. Die Parteigenossen sind sich bewußt, daß auch nach der Annahme des Ultimatums die wirtschaftliche Lage sich äußerst schwierig gestalten wird. Den Parteigenossen erwächst die Pflicht, die Bevölkerung darüber aufzuklären, welchen noch viel fürchterlichen Gefahren besonders für Oberschlesien es durch entgegengetreten wurde.

Die Parteigenossen erwarten, daß die neue Regierung jeden Versuch macht, durch eine energische Wirtschafts- und Steuerpolitik die neu entstehenden Lasten denjenigen Schichten aufzubürden, die sich den Folgen der außenpolitischen Ereignisse entziehen wollen. Die Parteigenossen fordern, daß dieser Regierungszwangsmaßnahme schleunigst Ausdruck kommt in sofortiger Einleitung der Einziehung des Reichsnotopfers, in sofortiger Einleitung der Besteuerung der Ubergewinne, besonders auch in der gemeinwirtschaftlich organisierten Industrie, ferner in Neuordnung der Gesetzgebung über den Belagerungszustand.

Ein Zusammengehen mit der Volkspartei kommt nach ihrer neuen Flucht vor der Verantwortung in Deutschlands Schicksalsstunde weniger als jemals in Frage.

Er genießt Vertrauen.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ dementiert alle Meldungen, wonach der Abgeordnete Dr. Straßmann wegen seiner Haltung in der Frage des Ultimatums das Vertrauen seiner Fraktion nicht mehr genieße. Sie betont demgegenüber, daß in der letzten Fraktions Sitzung, die sich mit der Ultimatumfrage beschäftigte, aus der Mitte der Fraktion eine Erklärung abgegeben und von der gesamten Fraktion einmütig gutgeheißen wurde, daß Dr. Straßmann in allen Stadien der Verhandlung das Vertrauen der Fraktion hinter sich gehabt habe, und daß er sowohl in seiner Haltung zum Ultimatum wie zu den übrigen Fragen das volle Vertrauen der Fraktion genieße.

Warum sollte auch Herr Straßmann das Vertrauen seiner Partei nicht genießen? Ein Mann, der innerlich „Ja“ drückt und mit „Nein“ abstimmt, ist sozusagen der geborene Vertrauensmann für die Deutsche Volkspartei.

Änderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Der gemeinsame Wirtschafts- und sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich, wie die VBR. melden, in seiner Sitzung am 12. Mai mit einem neu ausgearbeiteten Vorschlag für die produktive Erwerbslosenfürsorge, der den veränderten Verhältnissen, insbesondere nach der Annahme des Ultimatums der Entente Rechnung trägt. Der Vorschlag wurde in erster Befassung erledigt; da jedoch verschiedentlich von einem Teil der Arbeitgeber noch Änderungsvorschläge gemacht wurden, wird am 18. Mai eine zweite Befassung gehalten.

Robert Owen.

Zu seinem 150. Geburtstag am 14. Mai.

Friedrich Engels sah in Robert Owen, einem Vorläufer der sozialistischen Bewegung im 19. Jahrhundert, einen „Mann von bis zur Erhabenheit kindlicher Einfachheit des Charakters“, der „zugleich ein geborener Denker von Menschen war“. Als Fabrikant stand Owen in der Zeit gewaltigster industrieller Umwälzung, da sich in England die Gesellschaft zu scheiden begann „in große Kapitalisten und besitzlose Proletariat“. Der Arbeiter aber, noch ohne jeden inneren und äußeren Halt, war schutzlos der schrankenlosesten Ausbeutung preisgegeben. Da griff Owen die Idee auf, daß der Charakter des Menschen das Produkt sei einerseits der angebotenen Organisation und andererseits der den Menschen umgebenden Umstände. In der industriellen Revolution sahen die meisten seiner Standesgenossen nur Verwirrung und Chaos, gut, um im Irren zu fischen und sich rasch zu bereichern. Er sah in ihr die Gelegenheit, seinen Lieblingssatz zur Anwendung und damit Ordnung in das Chaos zu bringen.

Um die völlige Entartung und Verarmung der Arbeiterschaft auszuhalten, sei, so meinte er, die völlige Veränderung der äußeren Verhältnisse und der Umgebung des Menschen notwendig, eine ganz systematische Erziehung des einzelnen. Hinsichtlich seiner Lage und Handlungen sei das Einzelwesen moralisch völlig unverantwortlich. Darum müßten Lob und Tadel, Strafe und Belohnung wegfallen und jede Herrschaft oder Ueberlegenheit, besonders die des Kapitals, beseitigt werden. Er verlangte eine absolute Gleichheit in allen Rechten und Pflichten; denn nur diese Gleichheit sei die einzige Vorbedingung für die gleiche Moralität und die allgemeine Befriedigung aller Bedürfnisse.

In noch jungen Jahren — 120 Jahre sind seitdem verfloßen — ward Owen an die Spitze einer großen Baumwollspinnerei in Schottland gestellt, die es unter seiner Leitung bald zu hoher Blüte brachte. Er gründete dann selbst große Fabriken, in denen er so recht die Stätten seiner Wirksamkeit fand. Seine vornehmste Sorge galt zuerst den Kindern, die damals von frühesten Jugend an in den Fabriken beschäftigt wurden. Er errichtete für seine Werke eine eigene Schule und stellte für sie einen eigenen Erziehungsplan auf, der auf der von ihm vertretenen Lehre fuhte. Das Lehrziel sollte allein erreicht werden durch die Anregung des Ehrgeizes, es sollte allein der Mühe gewandt werden, immer eine noch größere Vervollkommnung zu erreichen. Seine vielen gemeinnützigen Einrichtungen trugen ihm die unbegrenzte Verehrung seiner Arbeiter ein, und er zeigte an dem ersten praktischen Beispiel, daß in einer erheblich verkürzten Arbeitszeit beseitigt und sogar noch mehr geleistet werden kann als in einer unmäßig langen.

Damit hatte er in wenigen Jahren schon erreicht, daß aus der Hefe des Volkes und der Verleumdung eine Arbeiterschaft erwuchs,

die nicht nur zu den höchsten Leistungen befähigt war, sondern auch durch Lebenshaltung und Sittlichkeit im ganzen Lande helle Bewunderung erregte. Owen trat nun dafür ein, im ganzen Lande „Mutual Cooperations“ einzurichten, Arbeitsgemeinschaften, die für die darin Beschäftigten alle notwendigen Bedarfsartikel selbst herstellen sollten. Ihnen sollten alle durch gemeinsame Arbeit erzeugten Waren auch gemeinsames Eigentum sein. Die Frauen sollten gemeinschaftlich alle häuslichen Arbeiten verrichten und die Erziehung der Kinder übernehmen. Welche Gefahr für die kapitalistische Ausbeutung!

Robert Owen sah sich verfolgt und verlästert und an der weiteren Durchführung seines Zieles behindert. In Amerika hoffte er ein neues und dankbares Feld für seine kommunistischen Associationen zu finden. Er kaufte die Kolonie New-Harmony im Staate Indiana und forderte Kapital, Kopf- und Handarbeiter auf, in sein allein gemeinsames Unternehmen einzutreten. Was aber seinem Rufe folgte, waren nur verlumpte Abenteuerer und verkommenen Landstreicher, die das an sich schon gewagte und nur mit völliger Hingabe zu erfüllende Unternehmen vollends zugrunde richteten. Der Versuch mißlang, schwächte aber keinesfalls den Mut des Idealisten.

Nach London zurückgekehrt, gründete Owen dort eine Bank zum Austausch der Produkte nach dem in ihnen stehenden Arbeitswert. Aber auch dieser Versuch, inmitten des Brennpunktes der kapitalistischen Welt gleichsam wie auf einer Insel den Kommunismus zu errichten, mißlang und mußte mißlingen, genau wie auch heute der festeste Wille in einem einzelnen Lande, sei es auch noch so groß und reich an Naturschätzen, nicht von heute auf morgen die sozialistische Produktionsweise durchzuführen vermag.

Die Anhänger der von ihm begründeten „Vereinigung aller Klassen aller Völker“, die einige Bedeutung erlangte, nannten sich von 1839 an Sozialisten. Unter dem Einfluß von Owens Lehre gründeten sich in England die ersten Arbeitervereine mit weitgehenden politischen und wirtschaftlichen Forderungen, und es kam zu den ersten Riesenausständen und Massenbewegungen. Von diesen Unternehmungen hielt sich Owen fern. Er verlangte die Gründung von Produktivgenossenschaften, und so wurde er der eigentliche Vater des Genossenschaftsgedankens. Nur wenige Wochen vor seinem Tode, als 87jähriger Greis, versuchte er auf einem Kongreß in Liverpool noch einmal die Kapitalisten zur Durchführung sozialer Reformen zu überreden, mußte sich aber wieder überzeugen, daß nur der Kampf der Arbeiter um ihre Rechte gegen die Macht des Kapitalismus zum Ziele führt.

Dr. Hans Kohlen.

Ein Vierteljahrhundert Tuberkulose-Bekämpfung. Das „Deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose“ begeht in diesem Jahre die Gedenkfeier seines 25jährigen Bestehens. Wie K. Gottstein aus diesem Anlaß in der „Deutschen Medizinischen Wochen-

schrift“ ausführte, gebührt dem Komitee das Verdienst, das Interesse für die Wichtigkeit der Tuberkulosefrage als Angelegenheit des ganzen Volkes stets wachgehalten zu haben und als Mittelpunkt aller praktischen Arbeit fortbauend zu wirken. Von diesem großen Brennpunkt gehen Anregungen und Hilfen aus; in ihm finden sich zugleich alle die verschiedenen Organisationen zusammen. Einige Gebiete, die gefordert, aber im festen Zusammenhang mit der Hauptstelle arbeiten, sind abgezweigt, so daß Fürsorgewesen, die Lungenspekulation, die Tuberkulose-Bekämpfung im Mittelstande, die Sonderfragen der Heilstättenärzte. Die Mittel, die das Komitee für das Heilstättenwesen aufgebracht hat, sind sehr beträchtlich. Nicht minder wichtig aber als die praktischen Vorkehrungen sind die in einem Vierteljahrhundert gesammelten Erfahrungen, die auf den Hauptversammlungen ausgetauscht und in den Jahresberichten zusammengestellt werden. Das deutsche Zentralkomitee hat auch für die internationale Bekämpfung der Tuberkulose viel geleistet und befehligt bei der Einberufung des ersten internationalen Kongresses 1899 die Führung. Jetzt freilich ist diese internationale Zusammenarbeit unterbrochen.

Die vorläufige Zeit in der Mosk. Prof. Carl Schuchardt, der Direktor der vor- und frühgeschichtlichen Abteilung am Berliner Museum für Völkerkunde, unternimmt seit einigen Jahren Ausgrabungen in den ostbaltischen Provinzen, um die Kultur dieser Gegenden in der vorläufigen Zeit zu erforschen. So untersuchte er 1919 den Burgberg bei Reeh in Pommern und den Vossower Ringwall bei Frankfurt a. d. O. Hier fand er westdeutsche Schädeltypen. 1920 grub er den Schloßberg bei Wiehen und den Valschbells (Bahnhof Sommerfeld—Breslau) aus, ferner grub er im Dorfe Betersfelde, in Lichterfelde und auf dem Hühner an der Elbe, wo Karl der Große 789 über die Elbe ging und das Rastel Hohenbüchen anlegte. Gemeinsam mit Koldewey hat dort Schuchardt Reste der Befestigung wie die Tore freigelegt können, die einem römischen Lager ähnlich war. Im übrigen galt seine Untersuchungen namentlich der Art der Befestigung. Der Wiehener Schloßberg, eine Sanderhebung im weiten Schwemmland mit einem Durchmesser von 150 Meter, zeigte Spuren alter Holzbefestigung. Die Häuserreste auf der Burg lassen sich nach einem Bronzefund ins 7. bis 6. vorchristliche Jahrhundert datieren, die Häuser auf dem Valschbells etwa 100 Jahre später. In Berlin-Lichterfelde grub Schuchardt, angeregt durch den Fund römischer Kaiserkränze, ein Pfostenhaus aus, mit einer großen Herdgrube in der Mitte. Der Typus dieses Hauses, der schon in der jüngeren Steinzeit auftritt, hat also hier von der Zeit der sogenannten Lausitzer Keramik bis in die römische Kaiserzeit geherrscht. Die wendischen Siedlungen z. B. am Burgwall in Reeh haben dagegen Grubenhäuser mit einem Dach auf ebener Erde. Jene Funde deuten also auf eine vorläufige Kultur.

Zur Besing-Museum drückt Donnerstag, den 19. Mai, 7,3 Uhr, Dr. Georg Droscher über „Weder und den hundertjährigen Freischütz“ Vortragend: Aufführung des 2. Aktes.

Die Münchner Literaturzeitschrift. Nach längerer Kautelungen des Direktors und des Oberbürgermeisters beschlossen die städtischen Kollegien, Wilton gegen die Stimmen der Reichsparteien die Vereinigung des Stadttheaters mit dem Schillertheater.

Groß-Berlin Markt im Frühjahr.

Wie heller Trompetenschall King's über den Markt, King's durch den hellen Sonnenschein, der scheinbar vom dicken Kirchdamm heruntersteigt. Es katern Boden und Bänder. Tausend Weiberhimmeln hängen in der Luft, durchschritten vom ersten Männerstoß — und tausend gelbe, rote und grüne Früchte liegen leuchtend in den Körben. Dazwischen spreizen sich bunt die Blumen, liegen die Prote, schmeigt sich der Heringsduft. In den Halen der Schächter hängen schwer und rot die Fleischstücke, zappeln die Würste. Jemandem tollert ein Hahn, glückt eine Henne, poltert ein Topf zu Boden. Töpfe viele, viele Töpfe; in heller und dunkler Glasur, braun und bunt. Wenn da ein übermütiger Münchhausen über den Platz tappen würde. O weh! die Dienstmädchen würden singen vor Lachen und die Karpsen in den Tässern mit den Schwänzen schlagen. „Eier sind billiger, Eier sind billiger!“ „Gnädige Frau, nehmen Sie einen Blumenkohl mit, der ist halb geschenkt!“ „Wunderbare Sonja!“

Es plärrt und girt, klappert und irrt. Gleich einem Riesenfäßig mit Riesennischen wächst der Markt in die Mittagsstunde hinein. Die Lachen King's über den Platz, um den die Häuser mächtig stehen, mit den Fensteraugen blinzelnd. Alles läuft und verkauft, feilscht und freilicht, nimmt und gibt mit frohen Augen, als wenn das Geld schneeflockenweise in den Taschen läge. Und dabei... fische links den Bettler und rechts die Alte, die in den Abfällen wühlt und welche gar keine lustigen Marktbesucher sein mögen. Aber heut ist Markt; er brüht sich hochauf in seiner nahrhaften Herrlichkeit und schenkt uns ein Bild, wie es eine gut gelaunte Großstadt nur zu geben vermag. Gut gelaunt?

„Gnädige Frau, warum nehmen Sie nicht den Hering, der ist doch wunderschön...“

Der schwierige Groß-Berliner Etat.

Der städtische Haushalt 1921 von Groß-Berlin wird, wie das Nachrichtenamt des Magistrats mitteilt, in den nächsten Tagen vorberaten und festgestellt werden. Das Kommunalabgabengesetz verlangt den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung und die Genehmigung der Steuererteilung noch im Juni. Nachdem der unter ganz außergewöhnlichen Schwierigkeiten nachträglich aufgemachte Haushalt 1920 einen Fehlbetrag von 400 Millionen Mark erbracht hatte, lag auf der Hand, daß für 1921 nur unter schärfster Sparsamkeit in allen Ausgaben ein Gleichgewicht hergestellt werden kann. Die ersten Entwürfe liegen jetzt vor. Wenn alle in sie eingestellten Ausgaben geleistet werden sollten, so würde nach einer ersten überschläglichen Schätzung im Jahre 1921 der Fehlbetrag sich auf nicht weniger als auf 750 Millionen Mark erhöhen. Dieses unmögliche Ergebnis hat den Magistrat veranlaßt, die gesamten Voranschläge einer nochmaligen Bearbeitung unterwerfen zu lassen. So schmerzhaft es sein mag, so muß man sich damit abfinden, daß in diesem Jahre alle Ausgaben der Verwaltung auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt werden müssen.

Auch in der diesmöglichen gemeinsamen Verhandlung des Magistrats mit den Bürgermeistern der Bezirke ist diese Notwendigkeit eingehend besprochen worden. Die Aufgabe der Bezirke und Verwaltungen der nächsten Wochen wird es sein, in den bisherigen Voranschlägen in solchem Umfang Beschränkungen vorzunehmen, daß das Gleichgewicht des Haushalts unter allen Umständen erreicht wird. Die Verhandlungen in den städtischen Körperschaften werden im Juni beginnen.

Probefahrt Berlin—Lichterfelde-Ost.

Die Vertreter der Berliner Presse waren zu einer Besichtigung und Probefahrt mit zwei neuartigen Liebewagen eingeladen, die vor kurzem zwischen dem Potsdamer Vorortbahnhof und Lichterfelde-Ost und zurück stattfand. Die Einrichtung der Wagen ist in-

sofern neu und ungewohnt, als die quergestellten Bänke sich nicht wie in Stadt- und Vorortzügen auf einer Seite befinden, sondern doch immer abwechselnd eine Bank rechts, eine Bank links steht, so daß, wenn man durch den ganzen Wagen gehen will, man sich in Schlangenlinie bewegen muß. Auch sieht jede Bank nur drei Sitze, während die Bänke der Vorortwagen vier Sitze haben. Da sich 6 Doppelbänke im Wagen befinden, so fallen nicht weniger als 12 Sitzplätze aus, da der ganze Wagen nur 40 Sitzplätze faßt. Man glaubt aber diesen Verlust an Sitzplätzen riskieren zu können, weil man damit bei dem auf der Untergrundbahn stattfindenden schnellen Personenwechsel auf kurzen Strecken, besonders in der Innenstadt mehr Raum für Stehplätze gewonnen hätte. Ein weiterer Vorteil kommt hinzu: An jeder Längsseite befinden sich 4 Schiebetüren, dagegen in den jetzigen Untergrundbahnwagen nur zwei. Diese Schiebetüren, die bedeutend breiter sind als die Klapptüren der Stadtbahn, lassen ein sehr schnelles Ein- und Aussteigen zu. Auch würden jene Unfälle fortfallen, die fortwährend dadurch entstehen, daß die Klapptüren, wenn sie zu früh geöffnet werden, Draußenstehende treffen. Da nun aber diese Wagen besonders für den Vorortverkehr und nicht für die Untergrundbahn benützt werden sollen, so ist bei den langen Strecken des Vorortverkehrs der Ausfall an Sitzplätzen doch so erheblich, daß man dem Publikum, besonders der arbeitenden Bevölkerung, nicht gut zumuten kann, diesen Verlust zu tragen. Will man deshalb den neuen Wagentyp nicht ändern, so müßte man unbedingt dazu schreiten, eine Anzahl leichter Klappsitze anzubringen.

Unzureichend ist zurzeit auch die Lüftung der Wagen. Da die Fenster nicht heruntergelassen werden können und sich auch an der Decke keine ausreichende Ventilation befindet, so entsteht bald eine unerträgliche Temperatur. Hinnegegen müßte für den Winter unbedingt eine Heizung gewährleistet werden. Die Holzbank, und zwar die Sitze wie die Rückenlehnen sollten in modernen Wagen doch unbedingt den menschlichen Körperformen angepaßt werden, wie das vielfach bereits in den bekannten Vorortwagen der Fall ist. Grobe Sitze und Lehnen führen zu einer vornehmen Ermüdung des Körpers. Herr Eisenbahndirektionspräsident Busch, der die Fahrt selbst mitmachte, wird die Härte der Bänke gespürt haben. Im übrigen oder machten die Wagen in ihrer Neuheit und mit ihrem ruhigen sicheren Gang einen durchaus angenehmen und erfreulichen Eindruck.

Um die Ungültigkeit der Stadtverordnetenwahl.

Bekanntlich hatte der Bezirksausschuß die letzte Berliner Stadtverordnetenwahl als ungültig erklärt. Dagegen hat die Berliner Stadtverordnetenversammlung durch den Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld Berufung eingelegt. Ueber diesen Einspruch findet nun am 16. Juni 1921 vor dem Oberverwaltungsgericht statt. Die Berufung der Stadtverordnetenversammlung hat jetzt eine erhebliche Stütze erfahren durch ein Gutachten, das der Oberverwaltungsrat v. Duhig erstattet hat, der die Unhaltbarkeit der Entscheidung des Bezirksausschusses nachweist.

Der neue Raubmordversuch in Neukölln.

Der Ueberfallene schwer verletzt, der Täter flüchtig. Der bereits im gestrigen Abendblatt kurz mitgeteilte Raubüberfall auf den Zigarrenhändler Friedrich Regel in der Hohenstr. 8 zu Neukölln stellt sich als eine Tat von außerordentlicher Brutalität dar. Der Ueberfallene, der bereits 73 Jahre alt ist, liegt infolge der erlittenen Verletzungen noch vernehmungsunfähig danieder. Der Greis lebte ganz allein und bewohnte ein Zimmer hinter dem Laden, was das Zustandekommen der Tat, über die uns noch folgendes berichtet wird, erklärlich erscheinen läßt.

Eine Tochter, die in der Hagenberger Straße wohnt, erschien fast jeden Tag, um dem Greis die Wirtschaft in Ordnung zu bringen. Als sie gestern zur gewohnten Zeit, in der neunten Morgenstunde, wieder erschien, fand sie im Laden ihren alten Vater aus schweren Kopfschmerzen blutend brennungslos vor. Geld aus einer leeren Kassetten lag verstreut umher. Ein Arzt stellte mehrere Kopfverletzungen fest, die von einem Messer oder einem anderen Werkzeug herzurühren scheinen. Der Verwundete wurde nach dem Krankenhaus im Urban gebracht, wo er noch vernehmungsunfähig daniederliegt. Nach Lage der Sache handelt es sich um einen versuchten Raubmord, der von einem Kunden, vielleicht auch mehreren, verübt worden ist. Bald nachdem der alte Mann seinen Laden aufgemacht hat, ist jedenfalls der Verbrecher in der harmlosen Maske eines Kunden erschienen und hat Zigaretten verlangt. Darauf läßt

der Umstand schließen, daß auf dem Ladentisch ein Päckchen mit 10 Zigaretten fertig gemacht lag. Wahrscheinlich in dem Augenblick, als Regel im Begriff war, Geld zu wechseln und zu dem Zweck sich über die Ladentasse beugte, ist der Verbrecher über ihn hergefallen. Er hat sich dann des Inhalts der Ladentasse bemächtigt und wahrscheinlich auch in den Taschen des Ueberfallenen noch größere Beute gefunden. Um sich gegen Ueberfallungen zu schützen, hatte er die beiden Türen von innen abgeschlossen und nahm nun seinen Ausgang durch das Küchenfenster. Der alte Mann soll 15 000 bis 20 000 M. in seiner Brieftasche gehabt haben. Ob das richtig ist und was dem Räuber in die Hände gefallen sein kann, muß auch erst noch festgestellt werden.

Auf die Ergreifung des Tächtigen ist eine Belohnung von 5 000 Mark ausgesetzt. Mitteilungen nimmt Kriminalkommissar Bennat im Berliner Polizeipräsidium entgegen.

Ein Frauenmord?

Gestern vormittag wurde am Luisenauer, gegenüber der Michaelskirche der Schuppolizei, ein menschlicher Unterschenkell aus dem Wasser gezogen, der anscheinend von einer Frauenleiche herrührt. Er ist dicht über dem Knie abgetrennt worden und scheint mit einer Säge durchgeschnitten zu sein. Die Kriminalpolizei ist mit der Aufklärung des Fundes beschäftigt.

Die juristische Sprechstunde fällt am Sonnabend, den 14., und Dienstag, den 17. d. M., aus.

Die Goldzähne als Verräter.

Der dreiste Diebstahl auf der Reichsbank, bei dem am 16. August vorigen Jahres dem Postbetriebsassistenten Starke bei der Eingangsabgabe für Papiergeld auf der Reichsbank ein Postbeutel mit 143 000 Mark Inhalt gestohlen wurde, beschäftigte die 2. Strafkammer des Landgerichts I. Als Diebe waren die Kaufleute Schynga Kwiast, der sich auch Leo Pfeiffermann nannte und Beisatz Lewkowitz angeklagt.

Am Tage des Diebstahls bemühte ein jüdisch aussehender Mann in einem unbewachten Augenblicke die Gelegenheit, mit dem Beutel zu verschwinden. Er wurde beobachtet, wie er auf einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen aufsprang und alsdann einen anderen Mann heranzinkte, der ebenfalls den Straßenbahnwagen bestieg. Am Dönhofsplatz verschwanden die beiden spurlos. Die Angeklagten sollen nun die beiden Beute, die auf dem Straßenbahnwagen gesehen wurden, sein. Mit fünf anderen sind sie in Danzig verhaftet worden, von wo aus sie nach Amerika reisen wollten. Während die 5 wieder aus der Haft entlassen wurden, hatten sich die beiden Angeklagten wegen des Diebstahls zu verantworten. Beide bestritten ihre Schuld und traten einen Alibibeweis an. Kwiast wollte in Köln gewesen sein. Ein Zeuge bestritt jedoch, daß er an dem Tage nach dem Diebstahl in einem Lokal gehört habe, wie jüdische Männer sich erzählten, daß Kwiast eine „große Sache“ gemacht habe. Er habe die ganze Nacht durchgezuckt und alle freigehalten. Lewkowitz verfluchte den Nachweis zu führen, daß er sich zu jener Zeit in einer Krankenanstalt aufgehalten habe. Das Gericht nahm auf Grund der Zeugenangaben an, daß diese Alibibeweise mihlungen seien, um so mehr, als einer der Zeugen mit voller Bestimmtheit bezeugte, daß er Lewkowitz sicher als den Mann wiedererkenne, der auf die Elektrische gesprungen sei, da er wie dieser den ganzen Mund voller goldener Zähne hatte. Die Verteidiger bielten trotzdem die Belastungsmomente für eine Verurteilung für nicht ausreichend. Das Gericht erkannte jedoch gegen den verhafteten Angeklagten Kwiast unter Verlesung mildernder Umstände auf 2 Jahre Zuchthaus und gegen Lewkowitz auf 2 Jahre Gefängnis und außerdem zu je 5 Jahren Ehrverlust.

„Pikante“ Presse.

Wegen verlockter Erpressung fand der Herausgeber der „Neuesten Nachrichten“ und der „Großstadtbilder“, Detektiv Arthur Reil, vor dem Schöffengericht. Der Angeklagte paradiert in seinen Zeitungen vorwiegend mit Sensationsartikeln über allerlei Berliner Krebschäden. Aufdeckung von geheimen Sünden, Ruppelaffären und mit losenannten pikanten Enthüllungen. Er wurde beschuldigt, in zwei Fällen mit der Veröffentlichung solcher Artikel gedroht zu haben, wenn ihm nicht in dem einen Falle 2 000 M., in dem anderen 1 000 M. als Kaufpreis für die Artikel gezahlt würden. Der Angeklagte bestritt diese Beschuldigung, der Gerichtshof sah sie

Stine Menschenkind.

III. Der Sündenfall.

Von Martin Andersen Nexø.

Aber ihre Aufmerksamkeit wurde auf vielen Wegen von ihrem Neuzug auf das Innere gelenkt. Eines Tages stellte sie fest, daß sie runde Knie habe — sie würde also gut zu ihrem Manne sein! Das war an und für sich etwas Selbstverständliches; daß sie schlecht zu jemand sei, hatte ihr noch niemand vorgeworfen; aber es war angenehm, wenn's einem handgreiflich bestätigt wurde. Sie wurde sich mancher Seiten ihres eigenen Wesens bewußt, und daran erlebte sie zuweilen wirkliche Freude. An falscher Bescheidenheit litt sie nicht, das Dasein war arm genug, ohne daß sie selbst es noch ärmer zu machen brauchte. Der Vergleich mit andern fiel hier nicht gerade zu ihren Ungunsten aus, — sie meinte im wesentlichen bestehen zu können. Es war bloß der langweilige Umstand dabei, daß die Beute meistens nach dem Neuzug gingen!

Aber als sie so in sich hineinschaute, sah sie auch Dinge, die sie nicht mit Freude erfüllten, sondern nur mit Bestremden und Erstaunen. Und manchmal befam sie Angst.

Sonne und Wind spielten mit ihr, und das Resultat war merkwürdig. Es war ein Lachen in ihrem Sinn, das lag da sozusagen auf Lager, war dauernd zu spüren als trübendes Gefühl, als Antrieb, selbst in ernstesten Situationen loszusprudeln. Aber außer diesem Lachen spukte auch manches andere in ihr, beunruhigende Gedanken, Empfindungen, die sie auf nichts Bekanntes zurückführen konnte. Von Tag zu Tag begnugte ihr Worte und Handlungen, die etwas in ihr verschoben. Eine Hand hatte gedankenlos ihre Flechten umfaßt! von diesem Tage an schenkte sie ihrem Haar Beachtung, sie empfand es als etwas für sich selbst, als ein Wesen, das Aufmerksamkeit beanspruchte. Sie mußte es aufnehmen und fühlen, ob es richtig sah, mußte es lodern, wenn es zu tot auf dem Kopfe lag, und es neu flechten! Und aus Dankbarkeit darüber, daß sie sich damit beschäftigte, begann es zu wachsen, wurde dicker und weicher.

Und in Stine wuchs es auch. Sie hatte seltsame Empfindungen, bald hier, bald da, als ob Säfte schnell zu einer Stelle im Körper strömten und nun zu einer andern. Manchmal tat ihr der ganze Körper weh — und ihr wurde schwindlig; das seien Schmerzen, die vom Wachsen kämen, meinte Stine. Den langen Tag konnte sie still dastehen und dieses Gefühl ver-

folgen; in ihren werdenden Brüsten war solche Unruhe. Sie hörte das Reden der Erwachsenen, ihre versteinerten Andeutungen, und lauschte auf eine eigene Art; und sie sah den Verkehr der Knechte und Mägde in einem neuen Lichte. Am Sonnabendabend versammelten sie sich auf einem der Höfe weiter landeinwärts und tanzten im Grünen zur harmonika; Stine hatte Herzklappen, wenn sie in der Kammer stand und sich zurecht machte, um hinzulaufen und zuzusehen. Es kam vor, daß der eine oder andere Burck auch nach ihr griff. Sie schlug nach ihm, war aber nicht mehr aufgebracht dabei wie früher, nur erschrocken.

Das Verhältnis der Bäuerin beschäftigte sie stark. Sie fing an, manches zu verstehen, — ahnte, daß in der starken Bauersfrau verborgene Kräfte gärten, die das Licht des Tages nicht vertrugen und jahrelang im Saume gehalten worden waren, nun aber unwillkürlich hervorbrachen. Karen sei im gefährlichen Nebengangsalter, sagte Stine, — ein mystisches Wort, das allerlei enthalten konnte. Wenn die Bäuerin mit ihren Kleidern in Stines Nähe war, durchrieselte diese ein seltsames Frösteln, und sie verspürte einen Reiz an den Haarwurzeln. Alles und alle wurden beherrscht von diesem Seltamen, von dem Karen befehlen war, Stine und die Arbeitsleute, — und auch der Sohn auf seine Art; ihre Blicke wurden so sonderbar, sie sprachen und taten so verflochten, hatten verblühte Zeichen und Augenbewegungen. Dieses merkwürdige Grauen spukte bis weit ins Kirchspiel hinein; wildfremde Leute näherten sich und begannen, Stine auszufragen — und hielten dann inne und sprachen von Wind und Wetter. Es kam ihr so vor, als hielte die ganze Welt ein Auge auf den Backhof.

Sein Schatten wirkte bis in die Ferne. Kam bei Zusammenkünften die Rede auf den Hof, so blieben die Gemüter daran hängen und beschäftigten sich nur mit dem einen: der Liebe in allen ihren geheimen, verhängnisvollen Schattierungen. Ein eigenartiger Glanz kam in die Augen, und alles mögliche Versteckte wurde hervorgezogen. Geheimes wuchs in jedem Winkel.

Stine sog ein mit Augen und Ohren, bis sie in eine nervöse Spannung versetzt wurde; rein physische Angst ergriff Besitz von ihr und zerriß ihr Gemüt, so daß das Grauen sie packte, ohne allen Grund.

Eines Tages, als sie vor dem Hof beim Mittagsmessen saß, entdeckte sie ihr eigenes Blut auf dem Reitschemel. Ein Schwindelgefühl ergriff sie; niemand hatte mit ihr davon gesprochen, was kommen würde, keine Mutter hatte sie behutsam in das Mysterium des Lebens eingeführt. Nun wurde

sie brutal hineingeworfen, sein Symbol, das Blut, verband sich in ihrer aufgeschreckten Phantasie mit so viel anderem Grauen. Weh! vor Schreck, wankte sie hinein.

Im Tor traf sie Karl. Er fragte, was ihr fehle, und bekam mit Mühe so viel aus ihr heraus, daß er die Ursache ihrer Angst erriet. Er lächelte gutmütig, und das beruhigte sie; es war fast das erste Mal, daß sie ihn lächeln sah. Aber dann wurde er ernst. „Daraus darfst du dir nichts machen,“ sagte er und streichelte ihre Wange, „denn das bedeutet ja nur, daß du nun im Begriff bist, ein erwachsenes Weib zu werden.“

Stine war ihm aufrichtig dankbar für seinen Trost; sie war nicht ärgerlich darüber, daß er hierin ihr Vertrauter geworden war. Für sie war er nicht gerade irgendein Mann, sondern ein menschliches Wesen, ein hilfloser, der oft sie nötig gehabt und nun dafür ihr wieder eine Handreichung getan hatte, — das war so einfach. Eine Aenderung in beider Verhältnis trat nicht ein, abgesehen davon, daß es Gegenseitigkeit im Trösten schuf. Stine hatte nun auch einen, an den sie sich vertrauensvoll wenden konnte, wenn sie nicht weiter wußte.

10. Störine kehrt heim.

Stine hatte gerade die vier Ruben abgefüttert, und es war gut gegangen. Auf einem kleinen Hügel hatte sie das Biberbrot angerichtet, und die vier hatten sich im Kreise darum lagern müssen; sie sollten lernen, hübsch still am Tisch zu sitzen und nicht umherzuspringen, mit dem Butterbrot in der Hand. Und sie sollten lernen, einander etwas zu gönnen und aus der gemeinsamen Schüssel zu essen, — damit haperte es hauptsächlich. Am liebsten wollte jeder seine Portion für sich haben und gierig dreinhauen oder am allerliebsten damit beiseite schleichen und sie ganz für sich verzehren, wie ein hertenloser Hund. Stine zwang sie, sitzen zu bleiben und aus dem gemeinschaftlichen Troge zu essen. Gab sie einem von ihnen ein Stück, so verfolgten die drei andern das mit gierigen Blicken, sie hatten die Augen mehr beim Essen des andern als beim eigenen. Dann war sie immer wieder hinter ihnen her, Reid konnte sie nicht leiden. Auch wenn sie selber satt waren, wollten sie mehr haben. Stine erkannte, wie wahr Großhens Worte waren, daß der liebe Gott den Magen vor den Augen satt macht. „Ihr sollt richtige kleine Menschen sein, wie Paul, Else und Christian,“ sagte sie. „Die teilen immer miteinander, wenn sie etwas haben.“ Und nach und nach nahmen die Kinder Lehre an. Die größeren ließen den kleineren nicht mehr fort, sondern hielten sie hübsch an der Hand, — wenigstens solange Stine sie beobachten konnte.

(Fortf. folgt.)

... durch die Bemerkung als erwiesen an. Der Verteidiger gab zu, daß das Borgehen des Angeklagten vom journalistischen Standpunkt als nicht fair anzusehen sei, bestritt aber aus rechtlichen Gründen, daß sich der Angeklagte einer verurteilten Rädigung schuldig gemacht habe. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten mit Rücksicht auf dessen Vorstrafen zu 1 Jahr Gefängnis.

Für 150 000 M. Brillanten geraubt. Eindrehler drangen gestern abend gegen 8 1/2 Uhr in die Wohnung der 58 Jahre alten Frau Louise Hirsch in Friedenau, Rheinstr. 35, ein. Inebetten und händen die Lebertrichter an ihrem Bettgestell fest. Sie durchwühlten sämtliche Behälter der Wohnung und raubten neben anderen Wertgegenständen für etwa 150 000 M. Brillanten. Dann ergriffen sie die Flucht und sind unerkannt entkommen. Frau Hirsch wurde erst nach mehreren Stunden völlig erschöpft aufgefunden.

Zwei andere Diebe stellten gestern nachmittags gegen 5 1/2 Uhr der Wohnung des Majors Georg Berner, Wilhelmstraße 1, einen Besuch ab, nachdem sie festgestellt hatten, daß dort niemand anwesend war. Als sie gerade bei der besten Arbeit waren, erschien nichts ahnend das 23jährige Dienstmädchen Maria Durcheinat, über die die beiden Männer herrschten. Sie kniebeten, festsetzten und redeten es, nachdem sie ihm noch eine Decke über den Kopf geworfen hatten, ins Bett. Dann rösteten sie ihre Beute, Silbersachen und mehrere Uhren, zusammen und suchten das Weite. Es gelang dem Mädchen, sich nach einer Stunde zu befreien, worauf es die Polizei benachrichtigte.

Protest gegen die Schließung der 92. Gemeindefschule ergab eine Elternversammlung dieser Schule. Es heißt in der gefaßten Entschließung, daß Gerüchten zufolge Bestrebungen im Gange seien, die 92. Gemeindefschule zum 1. Oktober aufzulösen, um in ihrem Schulgebäude die Humboldt-Mittelschule unterzubringen. Bei Übernahme dieser früheren Privatschule durch den alten Realrat sei seinerzeit verabsäumt worden, gleichzeitig das für sie nötige Schulgebäude mitzuerwerben. Die Auflösung der 92. Gemeindefschule bedeute für 488 Kinder eine Zerreißung aller seit Jahrzehnten sowohl zwischen Haus und Schule als zwischen Lehrerschaft und Schüler geknüpften Beziehungen und eine Hemmung und Schädigung des Bildungsganges der Kinder.

Strassenbahnverkehr nach den Rennplätzen. Zur Erleichterung des Besuchs der Rennbahnen verkehren zu Pfingsten Strassenbahnsonderzüge nach den Rennplätzen: Ab Alexanderplatz (bei Charlottenburg-Anie) nach Ruhleben über Spittelmarkt, Potsdamer Platz, Bügelmich, Zoologischer Garten, Anie, Bestend. Die Züge verkehren am Sonntag, den 15. d. M. Ab Alexanderplatz nach Bahnhof Heerstraße (Brunenwald) über Königstraße, Lindenpark, Dorotheensstraße, Brandenburger Tor, Charlottenburger Chaussee, Bismarckstraße am Montag, den 16. und Dienstag, den 17. d. M. Ab Alexanderplatz nach Karlsdorf über Alexanderstraße, Brückenstraße, Spänider Straße, Schleissches Tor, Lepion, Baumhulweg, Oberhämmele am Donnerstag, den 19. d. M. Die ersten Züge fahren vom Alexanderplatz an den genannten Tagen etwa 2 Stunden vor Beginn der Rennen.

Der Pfingstfeste. Der Hauptsturm auf die Fernreden der Eisenbahnen hat gestern den ganzen Tag über angehalten. Auf sämtlichen Fernbahnhöfen entwickelten sich schon zu den ersten Frühstunden ein außergewöhnlich starker Verkehr, so daß auch diese Züge meist überfüllt von dem Berliner Ausgängerzügen abfahren, trotzdem die Eisenbahnverwaltung in weitgehendster Weise für die Beförderung der Pfingstfeste gesorgt hatte. Es waren überall eine größere Anzahl von Vor- und Nachzügen bereitgestellt und im Falle, daß diese nicht zur Bewältigung des Verkehrs ausreichten, auch noch Bedarfzüge vorbehalten, die dann den Rest der Reisenden beförderten.

Billiges Pfingstferienporto. Der „Schuhverband für die Postkartenindustrie e. V.“, Berlin N.O. 18, macht darauf aufmerksam, daß jetzt erstmalig auch zu Pfingsten das billige Ansichtskartenporto gilt. Man darf auf allen bunten Karten, die man nur mit 15 Pf. frankiert, bis zu fünf Kreuz- oder Höflichkeitsworten auf der halben freien Strecke, außerdem Datum, Namen, Stand, Wohnort und Wohnung des Absenders schreiben; Unterschriften können beliebig viele noch bezuglegt werden.

Die vierte städtische Volksbücherei (Stallstraße 54a), die wegen Erneuerung ihres Raumes längere Zeit geschlossen gewesen ist, wird vom 18. Mai ab wiedereröffnet. Geöffnet: werktags von 5-8 und Sonntags von 10-12 Uhr.

Körperschaftsteuer und Kapitalertragsteuer. Die heutige Nummer enthält eine öffentliche Aufforderung zur Abgabe der Steuererklärungen zum Zwecke der ersten Veranlagung zur Körperschafts- und Kapitalertragsteuer, auf die wir besonders hinweisen.

Die Milchlieferung der D-Karten für heute Sonntag, den 15., Montag, den 16. und Dienstag, den 17. d. M. ändert sich wie folgt: Die D-I-Karten erhalten an den genannten Tagen je 1/2 Liter, die D-II- und

D-III-Karten je 1/2 Liter Milch. Die übrige Befreiung bleibt wie bisher.

Ein Frühkonzert mit sportlichen Vorführungen (Turnen, Leichtathletik, Hohen, Fußball) veranstaltet die „Freie Turnerschaft Wilmersdorf“ am 1. Pfingstfeiertag früh 6 Uhr auf ihrem Turnplatz in der Wilmersdorfer Straße, zwischen Hehrbelliner und Diwaer Platz. Die Genossen werden um rege Beteiligung ersucht. — Kinder frei.

Filmschau.

Die „abgebrühten Leute“ der Reichsfilmanstalt. Dem Kinobesuch mit einem neuzeitlichen Schand hat so mancher Unterwiese (schon Kampf bis zur Vernichtung angelegt. So auch neuerdings ein Beobachter der katholischen Knaben- und Arbeitervereine Dr. Müller-Wandhagen-Gladbach, der auf einem Frühjahrsdelegierten der katholischen Knaben- und Arbeitervereine wörtlich gesagt hat: „Besonders rühmlich sei der Kampf gegen die Schmutzliteratur und das Kino zu führen. Zur Bekämpfung des letzteren müßten hohe Steuern, mindestens 100 Proz., verlangt werden, auch auf die Gelernte, daß alle Kino-Anstalten müßten. Denn es könne nicht zugestanden werden, daß das Kino einen Erwerb darstelle, wenn durch Unmoralität Familienstand geschaffen werde. Die Reichsregierung genüge nicht, sie entsetze nur das Gemeinliche, während gerade das Lüstern, das Geschälliche bleibe. Außerdem seien die Mitglieder der Reichsfilmanstalt „abgebrühten Leute“. — Das Kino in seinen Ausdrucksformen verdient allerdings höchste Verurteilung, aber auf die dazwischen Anstaltungen des Herrn Müller, dem jedenfalls der Klatsch Müllers Stoff zu einer schönen Rede geben müßte, näher einzugehen erübrigt sich, zumal es ja gewissermaßen Brauch geworden ist, den Klatsch für alle Verbrechen verantwortlich zu machen. Auf das eine dürfte man aber gekannt sein, wie die „abgebrühten Leute“ der Reichsfilmanstalt diese für sie wohl wenig schmeichelhafte Bezeichnung aufnehmen werden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, Sonntag, den 15. Mai:

Genau, Wangerbe! Am 1. Feiertag um 3 Uhr Frühkonzert im Lindner Konzerthaus, Dannew, Breite Straße.

12. Mt. Sitzung. Vorkommnisse. Die Sitzung findet erst Sonnabend, den 21. Mai, bei Clement, Dippelstr. 7, statt.

Soziales.

Deutschland und der internationale Kongress zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Von eingeweihter Seite wird den VVN. geschrieben: In Kopenhagen findet am 20. Mai eine internationale Konferenz über geschlechtskrankheiten zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten statt. Verantwortlich wird dieselbe vom Internationalen Roten Kreuz. Das Deutsche Rote Kreuz hatte sich an den Präsidenten W. M. des Reichsgesundheitsamtes gewandt um Nennung von Personen, die deri hingezogen würden. Bekanntlich existieren in Deutschland zwei Richtungen; die eine ist die, die auf dem Boden der allgemeinen, gleichen, diskreten Anzeige- und Behandlungspflicht steht. Diese Richtung, die einen dem Reichstag vorliegenden Gesetzentwurf (Schirmmacher-Dreuw) verfehlt hat, hat in der preussischen Landesversammlung den Sieg davongetragen; sie ist in der Schweiz und Amerika eingeführt und wurde von der sozialdemokratischen und deutschnationalen Partei befürwortet und von fast der gesamten deutschen Frauenbewegung und der Berliner Gesellschaft für Rassenhygiene unterstützt. Die andere Richtung ist die der beschränkten Anzeigepflicht oder der Anzeigegewilligkeit der Ärzte, die von Prof. Blaschko und der von ihm geleiteten Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vertreten wird. Die in Preußen siegreiche Richtung möchte verlangen, daß in neutraler und paritätischer Weise je ein Vertreter der beiden Richtungen ausgesucht wurde. Der Präsident des Reichsgesundheitsamtes hat trotz vorhergehenden Protestes nur zwei Vertreter, die auf dem Boden der privaten Deutschen Gesellschaft stehen, ausgesucht. Auf diese Weise wird die Kopenhagener Konferenz nicht mit der Objektivität beraten, die nötig ist, um derartig wichtige Volksfragen zu lösen.

Rückertung freiwilliger Beiträge.

In den Kreisen der Versicherten ist allgemein die Ansicht verbreitet, daß Beiträge, die in der Annahme der Berechtigung zur freiwilligen Weiterversicherung auf die Angestelltenversicherung entrichtet worden sind, binnen 10 Jahren zurückgefordert werden können. Das Recht zur freiwilligen Versicherung besteht zunächst für alle Personen, die 6 Pflichtbeitragsmonate zurückgelegt haben, ist jedoch ausgeschlossen nach Eintritt der Berufsunfähigkeit. In Fällen, in denen bei den Angestellten Zweifel bestehen, ob eine bei ihnen ausgebrochene Krankheit bereits

als „Berufsunfähigkeit“ anzusehen ist bzw. zu einer solchen führen wird, werden daher häufig Beiträge gezahlt, um den Anspruch nicht zu verlieren, in der Hoffnung, daß die Rückforderung noch binnen 10 Jahren erfolgen kann. Für alle solche Angestellte ist daher eine kürzlich vom Oberlandesgericht für Angestelltenversicherung gefällte Entscheidung von Bedeutung. Diese lautet dahin, daß — im Gegensatz zu den Bestimmungen für irrtümlich entrichtete Pflichtbeiträge (§ 209 des Versicherungsgesetzes für Angestellte) — irrtümlich gezahlte freiwillige Beiträge nicht binnen 10 Jahren, sondern nur noch binnen 6 Monaten nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem sie entrichtet worden sind (§ 228 des Gesetzes) zurückgefordert werden können. Rat in allen Fragen der Angestelltenversicherung erteilen die Ortsausschüsse der Vertrauensmänner für die Angestelltenversicherung (für Berlin: W. 8, Taubenstr. 33 II). Sprechstunden: Montag, Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend von 10-12 Uhr, Dienstag und Freitag von 4-6 Uhr).

Aus aller Welt.

Aushebung einer Falschmünzerbande. Eine Druckerei für falsche Banknoten wurde von der Kriminalpolizei in Magdeburg aufgefunden und aufgehoben. Es waren 4 Personen daran beteiligt, die sich in einem Garten an der Königsborner Straße eine Druckerei mit Tiegel- und Gießdrucke eingerichtet hatten. Alle Anstalten waren getroffen, um Fünfzigmarktscheine in ungezählter Menge entstehen zu lassen. Die Platten waren ebenfalls von hochwertiger Seite hergestellt, ebenso das Papier mit ausgeplätteten Fasern. Die Falschmünzer wurden festgenommen.

Schlagwetterexplosion. Am Mittwochsabend fand auf der See Reumühl zu Hamburg eine Schlagwetterexplosion statt, durch die ein Lokomotivführer und ein Rangierer leicht verletzt wurden.

Mit drei Millionen Kronen ist der Prokurist der Expeditionsfirma Caro u. Zellinek in Wien, namens Heinrich Schwarz, geflüchtet.

Der Goldbeutel im Eisenbahnwagen. In Fredericia fand man auf dem Bahnhof in einem Eisenbahnwagen einen Beutel mit Gold im Werte von zirka 10 000 Kronen, welcher bei Pattburg aus Deutschland eingeschmuggelt war. Ein Polizeibeamter ist aus Pattburg hier eingetroffen, um die Schmuggelware abzuholen.

Für betrügerischen Getreidehandel. Dem „New York Herald“ wird aus New York gefabelt: Deutschland habe beim Staatsdepartement Beschwerde gegen eine Anzahl amerikanischer Getreidehandelsfirmen wegen minderwertiger Lieferungen erhoben. Die Firmen hätten Getreide mit Sand gemischt geliefert. Die Beschwerde sei vom Staatsdepartement an die Produktionsbörse weitergegeben worden. Daraufhin hätten die Firmen Erlass gestiftet und das Staatsdepartement habe sich für befriedigt erklärt. Die Produktionsbörse sei jedoch weiter gegangen und habe die Ausschließung von 4 beteiligten Firmen für längere Zeit beschlossen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Im Berliner Mühlenturm Marij Gieseler, Statler Str. 25, Hochbahn-Postkoffer, wird wegen Umbau und Vergrößerung der Lagerräume ein großer Boden zur erhaltlich gearbeiteter Spezialmatten, Persenzimmer, Schlafzimmern und Esszimmer mit circa 10000 Stück gefertigt. Schnellentlasteten Arbeiter bietet sich hierzu günstige Gelegenheit zur Anschaffung teurer und billiger Möbel. Bitte genau auf die Adresse.

Sport.

Pfingstspiele der städtischen Spielvereine. I. Pfingstfeiertag: Form. 10 Uhr: Wilmersdorf II - Eintracht 10 Uhr; nachm. 2 Uhr: Wilmersdorf I - Eintracht 10 Uhr; nachm. 4 Uhr: Wilmersdorf II - Eintracht 10 Uhr; nachm. 6 Uhr: Wilmersdorf I - Eintracht 10 Uhr; nachm. 8 Uhr: Wilmersdorf II - Eintracht 10 Uhr; nachm. 10 Uhr: Wilmersdorf I - Eintracht 10 Uhr; nachm. 12 Uhr: Wilmersdorf II - Eintracht 10 Uhr; nachm. 14 Uhr: Wilmersdorf I - Eintracht 10 Uhr; nachm. 16 Uhr: Wilmersdorf II - Eintracht 10 Uhr; nachm. 18 Uhr: Wilmersdorf I - Eintracht 10 Uhr; nachm. 20 Uhr: Wilmersdorf II - Eintracht 10 Uhr; nachm. 22 Uhr: Wilmersdorf I - Eintracht 10 Uhr; nachm. 24 Uhr: Wilmersdorf II - Eintracht 10 Uhr; nachm. 26 Uhr: Wilmersdorf I - Eintracht 10 Uhr; nachm. 28 Uhr: Wilmersdorf II - Eintracht 10 Uhr; nachm. 30 Uhr: Wilmersdorf I - Eintracht 10 Uhr; nachm. 32 Uhr: Wilmersdorf II - Eintracht 10 Uhr; nachm. 34 Uhr: Wilmersdorf I - Eintracht 10 Uhr; nachm. 36 Uhr: Wilmersdorf II - Eintracht 10 Uhr; nachm. 38 Uhr: Wilmersdorf I - Eintracht 10 Uhr; nachm. 40 Uhr: Wilmersdorf II - Eintracht 10 Uhr; nachm. 42 Uhr: Wilmersdorf I - Eintracht 10 Uhr; nachm. 44 Uhr: Wilmersdorf II - Eintracht 10 Uhr; nachm. 46 Uhr: Wilmersdorf I - Eintracht 10 Uhr; nachm. 48 Uhr: Wilmersdorf II - Eintracht 10 Uhr; nachm. 50 Uhr: Wilmersdorf I - Eintracht 10 Uhr; nachm. 52 Uhr: Wilmersdorf II - Eintracht 10 Uhr; nachm. 54 Uhr: Wilmersdorf I - Eintracht 10 Uhr; nachm. 56 Uhr: Wilmersdorf II - Eintracht 10 Uhr; nachm. 58 Uhr: Wilmersdorf I - Eintracht 10 Uhr; nachm. 60 Uhr: Wilmersdorf II - Eintracht 10 Uhr; nachm. 62 Uhr: Wilmersdorf I - Eintracht 10 Uhr; nachm. 64 Uhr: Wilmersdorf II - Eintracht 10 Uhr; nachm. 66 Uhr: Wilmersdorf I - Eintracht 10 Uhr; nachm. 68 Uhr: Wilmersdorf II - Eintracht 10 Uhr; nachm. 70 Uhr: Wilmersdorf I - Eintracht 10 Uhr; nachm. 72 Uhr: Wilmersdorf II - Eintracht 10 Uhr; nachm. 74 Uhr: Wilmersdorf I - Eintracht 10 Uhr; nachm. 76 Uhr: Wilmersdorf II - Eintracht 10 Uhr; nachm. 78 Uhr: Wilmersdorf I - Eintracht 10 Uhr; nachm. 80 Uhr: Wilmersdorf II - Eintracht 10 Uhr; nachm. 82 Uhr: Wilmersdorf I - Eintracht 10 Uhr; nachm. 84 Uhr: Wilmersdorf II - Eintracht 10 Uhr; nachm. 86 Uhr: Wilmersdorf I - Eintracht 10 Uhr; nachm. 88 Uhr: Wilmersdorf II - Eintracht 10 Uhr; nachm. 90 Uhr: Wilmersdorf I - Eintracht 10 Uhr; nachm. 92 Uhr: Wilmersdorf II - Eintracht 10 Uhr; nachm. 94 Uhr: Wilmersdorf I - Eintracht 10 Uhr; nachm. 96 Uhr: Wilmersdorf II - Eintracht 10 Uhr; nachm. 98 Uhr: Wilmersdorf I - Eintracht 10 Uhr; nachm. 100 Uhr: Wilmersdorf II - Eintracht 10 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde fällt am Sonnabend, den 15., und Dienstag, den 17. d. M., aus.
S. 11. Die Steuerpflicht beginnt mit dem Bezug eines Einkommens. — S. 12. Weiden Sie sich beim Polizeikommissar. — S. 13. Wenden Sie sich an die Gewerbeaufsicht. — S. 14. U. 2. Kein. Teilen Sie über dem Arbeitsnennungsverband des Feilners- und Fuergewerbes, Engländer 15, den Sachverhalt mit.
U. 2. 1. und 2. Bleibt kann Ihnen der Parteivorstand hierüber Auskunft geben. Adresse: Lindenstr. 5. 2. Uns nicht bekannt.

BAD HOMBURG

GEUNDHEIT, SPORT, GESELLSCHAFT

Ritters Parkhotel • Kurpark-Sanatorium
Victoria-Hotel • Sanatorium Dr. Baumstark
Metropol-Hotel
Hotel Kaiserhof
Sevoy-Hotel

Prospekte durch die städt. Kurverwaltung

Hotel Minerva
Hotel Braunschweig
Villa Nova

Ein Versuch genügt und beweist

Seit ca. 30 Jahren bestbewährtes, im Gebrauch billigstes

Minlosches Waschpulver

Waschmittel in garantierter Friedensqualität

Fort mit Seife und Soda!
Minlosches Waschpulver spart Zeit, Geld und Arbeit. Garantiert unschädlich für die Wäsche

Wie ein Mann hängen Millionen dran.

L. MINLOS & Co., KÖLN-EHRENFELD

Vertreter: Ferdinand Ludwig, Berlin, Gnelsonstr. 85. Fernspr.: Amt Moritzpl. 3563.

Strumpfwaren

Wunderbar hat die Vor-Parasol...
14 farbige 585
16 farbige 585

Drauinge

Dafoten 900 gef.
14 farbige 585
16 farbige 585

Reste-Haus C. Pelz

Kottbuser Str. 5

Anzugstoffe
Kostümstoffe
Mantelstoffe
Kleiderstoffe
Seldenstoffe

Mäntel
Kostüme
Röcke

Gut, reell, billig!

Endlich Monats-Anzüge

Covercoats, Raglans, Cutaways, Hosen, teils auf Seide

Verkauft zu enorm billigen Preisen
Keine Lombardware

Leihhaus Brunnenstr. 8

Ankauf und Verleihung jeder Wertsache

Neu-Hermsdorf Waidparzellen

zu Pflanzzwecken
M. Klein, Berlin, Friedenstr. 47, Sonntags auf dem Gelände.

Alle Metalle Preiserhöhung!

Zinn! Loting! Weißmetall!
Diel! Dring! Spezialgebrauch
Kupfer, Rotgub, Messing, Nickel, Aluminium, Zink, Stanzpapier, Glührumpfsche bis 100 M. Kauf- und Tagekursen

Zahngelisse! Zahn 6, 100, Platinabfälle!
Gold- u. Silberbruch!
Gold- u. Silberhalt!
Rückstände Quecksilber, salp. Silber

Edelmetall-Einkaufsbureau Weberstraße 31.

Ringeisen jeder Art:

Rund-, Flach-, Quadrat- u. Band Eisen,
Gas- Siede-Röhre, T-Träger u. U-Eisen,
Feldschmieden und Ambosse

sofort ab Lager lieferbar

Felix Kohls, Berlin C. 25, Dircksenstr. 12,
Königsplatz 13072. Ude Wolltehrstraße, Königsplatz 13072.

Kapitän-Kautabak

Wieder reichlicher in der früheren guten Qualität zu beziehen durch die bekannten Verkaufsstellen

C. Röder, Berlin, Lichtenberger Str. 22. Abt. 1001

BADESEIFE

57,9
ca. 100 g, la Ware, Dutzend 31 St. Doppelriegel,
62 Proz. Fett, Stck. 2., ca. 230 g, halbe Farbe
Max Bernhard Kiwi, Berlin, Friedrichstraße 204

Ueberraschend billig zu Pfingsten

bringen wir große Posten in nur 14 schwarzen und farbigen

SCHUHWAREN

Sie sparen Geld durch unser billiges Verkaufssystem, welches Ihnen die größten Vorteile bietet. Große Kassakäufe in den ersten Fabriken Deutschlands und geringe Spesen ermöglichen es uns, allen Kreisen der Bevölkerung 14 Schuhwaren für wirklich billiges Geld zu liefern.

Schwarze Halbschuhe Schnür- u. Blinde- schuhe, beste Lederqualitäten und modernste Formen 61-90 98.50, 79.50
Schwarze Halbschuhe la. in. echt Box- Chevreau, hervorrang. schöne und echt Form, hohe Abt. 150.50, 118.50 108
Braune Halbschuhe la. echt Chevreau, neuere Modestärben, viel. Form. 129.50 und Abätze 137.50
Braune Halbschuhe Schnür- u. Spangenschuhe, feinstes Boxkain und echt Chevreau 158.50 auf Rand genäht 193.50
Weiße Leinwand Schuhe Schnür- u. Spange, la. Segelstoff, la. Ledersohle, 57.50

Seltener Gelegenheitskauf in Kinderstiefeln.
la. Boxkainbesatz-Kinderstiefel, nur beste Kernwiedersohlen, 31.50 69.50, 37.50 59.50. — Braune Kinderstiefel, hochfeine jugendtarbe, 31.50 129.00, 37.50 129.00. — Weiße Leinen-Kinderstiefel, hygien. Naturfarben, sehr stabil und gut, 31.50 69.50, 37.50 59.50.

Schwarze Damenstiefel Rindbox und Roßchevreau, nur beste Lederverarbeitung, 99.50
Damen-Hochschaffstiefel ersticktaste Leder- verarbeitung, auch mit weiten Schäften 148.50
Schwarze Herrenstiefel sehr stabile Qualität, schöne Tagesform, 86.50
Ausnahmepreis 86.50
Braune und schwarze Herrenstiefel schicke Form, herri. Farb. la. Leder, verarb., a. Rd. genäht 128.50 198.50
Braune und schwarze Herrenstiefel allerl. Verarb., neueste Kaval- formen, a. Rand genäht 278.50 250.00

Schuhvertriebshaus „Alexanderplatz“
P. GARTNER & Co.
Neue Königstraße 47, hochparterro. Kein Laden.
Drittes Haus vom Alexanderplatz

Ebert und Orgesch.

Die „Freiheit“ und natürlich noch mehr die „Kölnische“, versuchen immer wieder, den Reichspräsidenten gewissermaßen als einen Gönner der Orgesch hinzustellen, weil er die Verordnung vom 30. Mai 1920 aufgehoben hat. Er soll damit, wie die „Freiheit“ im gestrigen Abendblatt schreibt, „die bewaffneten Geheimverbände der Gegenrevolution legal gemacht“ haben.

In Wirklichkeit liegt die Sache so, daß die Verordnung erst aufgehoben wurde, als das Gesetz über die Entwaffnung vom 22. März d. J. in Kraft getreten war. Dieses Gesetz verfügt die Auflösung aller Vereine, die gegen die Art. 177 und 178 des Friedensvertrages verstoßen, d. h. die sich mit militärischen Dingen befassen und ihre Mitglieder im Gebrauch von Rüstwaffen ausbilden. Uebertretungen dieses Gesetzes werden mit Geldstrafe bis 50 000 M. oder Freiheitsstrafe bis zu drei Monaten geahndet.

Neben diesem Gesetz konnte die Verordnung nicht bestehen bleiben, weil sonst doppelte Bestrafung vor zwei verschiedenen Gerichten — nach der Verordnung von Sondergerichten, nach dem Gesetz vor den ordentlichen Gerichten — wegen desselben Deliktes erfolgt wäre. Die Aufhebung der Verordnung ist übrigens feinerzeit auch von der sozialdemokratischen Fraktion gewünscht worden, da die Wirkung der Ermächtigung nicht entsprach. Gegen Vereinigungen junger Arbeiter, die sich einer Eiselei schuldig machten, wurde sie mit aller Strenge angewendet, während man bürgerliche Vereine durch ihre Maschinen schlüpfen ließ. Seht man sich trotzdem vom Gesetz zur Verordnung zurück, so beweist das höchstens, daß die Verordnung besser war als das Gesetz, daß also der Reichspräsident strenger gegen die Orgesch vorgehen wollte, als der Reichstag es getan hat. Hieraus aber eine Begünstigung der Orgesch durch den Reichspräsidenten herleiten, heißt die Dinge auf den Kopf stellen.

Schwere Vorwürfe gegen den Stinneskonzern

Stuttgart, 13. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Unser Bruderorgan in Stuttgart, die „Schwäbische Tagwacht“, bringt in seiner heutigen Nummer einen Artikel, worin folgende Mitteilung gemacht wird:

„Aus zuverlässiger Quelle sind wir unterrichtet über den Plan, der von der Stinnesgruppe, die sich nach der Befehlsgebung des Ruhrgebietes jehnte, aufgestellt war. Man rechnete in den ersten Wochen und Monaten nach der Ruhrbefehlsgebung mit einer aus der enormen Preiserhöhung sich ergebenden nahezu völligen Unterbindung der Kohlenzufuhr ins obersächsische Deutschland. Während dieser Zeit sollte die Kohlenförderung unter dem Schutze der französischen Truppen im hochbetrieb fortgesetzt, die Halde sollten bis zum Brechen vollgefüllt werden. Wenn so ein gewaltiger Vorrat angesammelt war, sollte die Lohnherabsetzung und Schichtverlängerung dekretiert und mit Hilfe einer Aussperrung unter dem Schutze des Generals Foch durchgeführt werden. Nachdem der Bergarbeiterschatz des Ruhrgebietes gebrochen war, hoffte man, mit der übrigen Arbeiterschaft leichtes Spiel zu haben. Die enge Verbindung der Bergherren von der Ruhr mit den Bergherren Ostpreußens hätte weiterhin dafür gesorgt, daß das Ruhrgebiet auf alle Zeit für Deutschland verloren gewesen war.“

Das war der Plan der „arbeiterfreundlichen“ Patrioten. Sie werden ihn ableugnen. Das ändert nichts daran, daß er entworfen war und die Basis zur Ablehnung des Ultimatums seitens der Schwerindustrie bildete. Verstehen wollte sie die deutsche Arbeiterschaft mit Hilfe der französischen Soldateska, zerstückeln wollte sie Deutschland.

Der Plan ist vorläufig vereitelt. Daß er nicht wieder hervorgeholt werden kann, dafür ist jetzt zu sorgen.“

Die Ablehnungsversuche werden natürlich nicht lange auf sich warten lassen. Aber überzeugend werden sie nicht wirken. Es hat sich ja auch sonst gezeigt, daß der deutsche Kapitalismus unter französischen Bajonetten ganz gut zu leben weiß.

Hergt, der Mann der Strafe.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat es darauf angelegt, ihren Parteivorstand, Herrn Hergt, böse zu klammern, daneben auch die ihr nahestehenden militärischen Kreise. Sie beginnt nämlich einen Artikel über Lloyd George mit folgenden Sätzen:

„Politik ist zum großen Teil auch angewandte Psychologie. Und auf diesem Gebiete haben wir uns als arge Stümper gezeigt. Der Mann in der Strafe ließ sich bei uns nicht vom Glauben abbringen, daß ein europäischer Krieg „ausgeschlossen“ sei; daß die Franzosen „degeneriert“ und kriegsunbrauchbar; daß England niemals große Heere nach dem Festland schicken werde und für den Landkrieg nur als große Ruil anzusehen sei.“

Dazu ist zu bemerken, daß der Glaube von den „degenerierten Franzosen“ und den „festlandscheuen Engländern“ ausschließlich von alldeutschen militärischen Kreisen gezeugt worden ist, um das deutsche Volk besser in den Krieg hineinzutreiben zu können. Außerdem gab es dann aber auch noch einen Mann, der ließ sich nicht vom Glauben abbringen, daß die amerikanische Armee weder stiegen, noch schwimmen, noch überhaupt nach Deutschland kommen könnte. Dieser Mann war Herr Hergt, der deutschnationale Parteivorsitzende — offenbar auch „ein Mann in der Strafe“, oder noch einige Grade unwissender.

Nach der Annahme Deutschlands.

Optimismus in Amerika.

Washington, 12. Mai. (W.B.) In amtlichen Kreisen wird der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Lage in der Reparationsfrage nunmehr befriedigend ist, und daß ein großer Schritt in der Richtung auf die Rückkehr zu normalen Verhältnissen getan worden ist. Einer der Vorzüge des jetzigen Abkommens besteht darin, daß die Verbandsregierungen die ihnen zustehenden Reparationsleistungen erhalten werden, während es Deutschland ermöglicht wird, die Zahlungen entsprechend seiner Leistungsfähigkeit zu bewirken.

Ministerrat in Paris.

Paris, 13. Mai. (Havas.) In dem heute vormittag abgehaltenen Ministerrat berichtete Briand über die auswärtige Lage. Der Polizeipräsident Raug wurde zum bevollmächtigten Minister ernannt und erhielt den Sonderauftrag, Frankreich bei der Interalliierten Reparationskommission zu vertreten.

Der frühere französische Kriegsminister Etienne, Senator von Oren, ist in Paris gestorben. Etienne war Kriegsminister im Ministerium Poincaré und hat als solcher die Wiedereinführung der dreijährigen Militärdienstzeit durchgeführt.

Erste Wendung im englischen Streik.

London, 13. Mai. (E.P.) Eine höchst ernste Wendung ist in der Arbeiterkrise entstanden, weil die Bezirksvorstände des nationalen Eisenbahnerverbandes in Glasgow und im westlichen Schottland beschlossen haben, heute nacht 12 Uhr den Streik der Eisenbahner zu proklamieren, ohne weitere Beschlüsse des Hauptvorstandes der Eisenbahner in London abzuwarten. Man befürchtet, daß diese Maßnahme einen Bruch zwischen den englischen und schottischen Eisenbahnern herbeiführt. Der Eisenbahnerverband von England hat beschlossen, den Transport importierter Kohlen zu verweigern. Falls die Mitglieder des Verbandes, die sich weigern, solche Kohlen zu transportieren, bestraft werden sollen, wird der Vorstand sie aufträglich unterstützen und nötigenfalls mit dem Streik antworten.

Paris, 13. Mai. (E.P.) Der „Temps“ erfährt von seinem Korrespondenten aus London, daß Clynes im Namen der Arbeiterpartei die Regierung noch vor Pfingsten ersuchen wird, ihre äußersten Anstrengungen zu machen, um die Kohlenkrise zu beseitigen. Die Lage habe sich in den letzten Tagen wesentlich verschärft. Eine Folge des Bergarbeiterstreiks ist die Umgestaltung von Feuerungsanlagen und Maschinen, damit an Stelle der Kohle Raffinats verwendet werden kann. Es wird mitgeteilt, daß etwa 40 englische Werke jederzeit ihren Betrieb umstellen können.

Blutige Streikunruhen in Bergen.

Christiania, 13. Mai. (E.P.) In Bergen ist es wiederum zu ersten Unruhen gekommen. Die Polizei wurde von streikenden Seeleuten angegriffen und hatte einen schweren Kampf zu bestehen, bis die Ordnung wieder hergestellt war. In der Nacht verbrachte eine große Bande, das Rathaus zu stürmen. Nach einem stundenlangen blutigen Kampf wurden die Angreifer jedoch zurückgeschlagen. Mehrere Polizisten sind tödlich verwundet, 20 Personen sind verhaftet worden.

Kommunistenniederlage in der CGT.

Paris, 13. Mai. (W.B.) Der Nationalrat der Gewerkschaften, der heute morgen seine Beratungen über die innere Lage im Gewerkschaftswesen beendet hat, hat eine Minderheitsresolution Monmousseaux, die das Vorgehen des Verwaltungsrats verurteilt, abgelehnt, dagegen die Resolution des Verwaltungsrats angenommen, und zwar in ihrem grundsätzlichen Teil mit 80 gegen 33 Stimmen. Der zweite Teil der Resolution, der den ursprünglich für September vorgesehenen Gewerkschaftskongress auf den Monat Juli vorzuziehen, wurde mit 68 gegen 53 Stimmen angenommen. Durch diesen Beschluß ist die Klärung der inneren Lage der Gewerkschaften dem Gewerkschaftskongress anheimgestellt worden.

Kabinet Briand nicht gefährdet.

Paris, 13. Mai. (W.B.) Ein Vertreter des „New York Herald“ hat mit einer Reihe führender französischer Politiker gesprochen und erfahren, daß selbst Briands schärfste politische Gegner jede Hoffnung aufgegeben hätten, die Regierung zu stürzen. Sie würden vielmehr ihre Anstrengungen auf rein finanzielle Betrachtungen konzentrieren in der Absicht, das gegenwärtige Ministerium eher zu stärken als zu behindern. Unter anderem habe der Führer des nationalen Blocks, Abgeordneter Krage, erklärt, das Kabinet Briand sei nicht in Gefahr. Wenn Briand am 19. Mai vor die Kammer treten und den wahren Sinn des Abkommens von London auseinandersetzen werde, so sei er, Krage, sicher, daß der Ministerpräsident in Anerkennung seiner saftreichen Verteidigung der französischen Interessen eine achtunggebende Mehrheit um sich scharen werde.

Wo ist das Vertrauen?

Wie die W.R. erfahren, wurde von der sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Landtages unter dem 12. Mai folgende große Anfrage der Abg. Braun, Hellmann und Genossen eingebracht:

„In der Regierungserklärung heißt es über die Rechtspflege, daß sie vom Vertrauen der Volksgemeinschaft getragen sein muß und daß die Regierung ihre Verbesserung als eine ihrer obliegenden heiligen Pflichten ansehe.“

Was bedeutet die Staatsregierung zu tun, um diese Auffassung auch praktisch zur Wirklichkeit werden zu lassen.“

Vertrauen zur Rechtspflege besteht heute nur in den Kreisen der Reaktion. Wenn heute ein deutschnationaler Hochpartei begeht, Waffen verleiht, Mordversuche auf Minister macht, zur Ermordung Andersdenkender aufsteht, verurteilt u. pp., so tut er das in dem festesten Vertrauen, daß die Rechtspflege ihm als „nationalen Mann“ im äußersten Falle eine Geldstrafe jubiliert, wenn sie ihn nicht völlig freispricht.

Die „Deutsche Tageszeitung“ als Verbreiterin widerwärtiger Meldungen: Die „Freiheit“ brachte vor einigen Tagen die Meldung, daß Genosse Hellmann in den Vorstand der Preussischen Landesversammlung bei dessen Neuwahl nicht wiedergewählt worden sei. Der „Borm.“ und die „Soz. Karr.“ stellten darauf öffentlich fest, daß von einer Nichtwiederwahl nicht die Rede sein könne, da Genosse Hellmann dem Vorstand auch vor dem gar nicht angehört hat. Die „Freiheit“ hat darauf am Freitagmorgen ihre Meldung loyal berichtet. Das „B. L.“, das die Meldung der „Freiheit“ übernommen hatte, hielt eine Berichtigung nicht für nötig. Inzwischen aber leistet sich die „Deutsche Tageszeitung“. Sie druckt noch am Freitagabend die bereits einen halben Tag vorher widerwärtige Meldung der „Freiheit“ ab, ohne den inzwischen erfolgten Widerruf der „Freiheit“ auch nur anzudeuten. Dieses Verhalten gibt eine — wenn auch nur bloße — Vorstellung von der Sauberkeit deutschnationaler Journalistencharaktere.

Herrmann Lud. Lohmann. Der famous Herr Lud. Lohmann, der nach anderthalb Jahren Bruchstücke angeblich erlauteter Telefongespräche „enthüllt“, bleibt trotz der energischen Berichtigung des Genossen Hermann Müller bei seiner Behauptung. Er beruft sich auf zwei Zeugen, nennt aber vorsichtigerweise die Zeugen nicht, diese selber äußern sich auch nicht. Herr Lud. Lohmann wird wohl nicht verlangen, daß man ihm mit seinen Enthüllungen nach anderthalb Jahren irgend welche Glaubwürdigkeit beimißt, zumal, da die von ihm behaupteten Redewendungen so sinnlos sind, daß sie ein Mann wie Hermann Müller unmöglich gebraucht haben kann. — Bei dieser Gelegenheit aber ein Wort über die deutschnationale Presse: Vor einiger Zeit bezeichnete sie bei anderer Gelegenheit Wiebergabe erlauteter Gespräche als den Gipfelpunkt der Indiskretion. Wir haben nicht bemerkt, daß irgendein deutschnationales Blatt sich über den Gentleman Lud. Lohmann erluchtet hat, der als Besucher bei einem Minister Bruchstücke eines Telefongesprächs aufkufft, um sie nach anderthalb Jahren dann in völlig verdrehter und aufgestellter Form als „Enthüllungen“ in die Welt zu posaunen.

Wirtschaft

Der Stand der sozialen Baubetriebe.

Auf der Beiratsitzung des „Verbandes sozialer Baubetriebe“ am 7. und 8. Mai erstattete der Vorsitzende Dr.-Ing. Wagner Bericht über den gegenwärtigen Stand der Bauhüttenbewegung. Wir entnehmen seinen Ausführungen nach der Zeitschrift „Soziale Bauwirtschaft“ folgende Darlegungen:

Insgesamt bestehen zurzeit mehr als 170 soziale Baubetriebe mit etwa 20 000 Arbeitern. Auf jeden Betrieb entfallen im Durchschnitt etwa 120 Arbeiter. Diese Zahl ist ein Zeichen dafür, daß wir es in unserer Bewegung nicht mit Kleinbetrieben, in denen fünf oder zehn Arbeiter einen Meister ernähren, sondern mit Mittelbetrieben zu tun haben, vor denen die privatkapitalistischen Baubetriebe Schritt für Schritt weichen müssen. Gibt es doch heute schon Städte und Gemeinden in Deutschland, in denen 75 und mehr Prozent der ortsansässigen Bauarbeiter in sozialen Baubetrieben tätig sind. In den sozialen Baubetrieben arbeitet zurzeit ein Stammkapital von etwa 15 Millionen Mark. Hierzu kommt dann noch das Kreditkapital. Der VSB. hat in dem ersten Halbjahr seiner Tätigkeit mit besonderem Nachdruck auf eine Erhöhung des Stammkapitals in den Betrieben hingewirkt, um den sozialen Baubetrieben festere finanzielle Grundlagen für ihre Tätigkeit zu geben. Das Ergebnis dieser Bemühung ist die Gründung von 10 neuen Bauhütten in Deutschland. Insgesamt bestanden am 1. April 1921 rund 15 Bauhütten mit 11 Zweigstellen.

Zur Stärkung der sozialen Baubetriebe wurden in dem letzten Halbjahr 10 Bauhüttenbetriebsverbände, und zwar für die Bezirke Bayern-Nord, Bayern-Süd, Baden-Würt., Hessen-Kassau, Rheinland-Westfalen, Ostpreußen, Hamburg-Schleswig, Oldenburg-Bremen mit einem Stammkapital von 4,5 Millionen Mark gegründet. Dem VSB., der feinerzeit mit einem Stammkapital von 5 Millionen Mark gegründet wurde, sind inzwischen von den Gewerkschaften, insbesondere vom Deutschen Bauarbeiterverband und dem Fabrikarbeiterverband, weitere Mittel (etwa eine Million Mark) als Betriebskapital zugeflossen.

Ueber das Verhältnis der sozialen Baubetriebe zu den privatkapitalistischen Betrieben wurden folgende Mitteilungen gemacht:

Aus allen Teilen Deutschlands wurde übereinstimmend berichtet, daß die Existenz der sozialen Baubetriebe in den verschiedensten Orten zu einem wesentlichen Sturz der Baupreise geführt hat und daß die Unternehmerverbände im letzten Halbjahr ihren wirtschaftlichen Angriffskampf gegen unsere Betriebe durch Submissionsunterbietungen eingeleitet haben. In der Öffentlichkeit werden diese Unterbietungen so ausgelegt, als ob die sozialen Baubetriebe weniger leistungsfähig wären und teurer arbeiten als das Privatkapital. In den meisten Fällen stellt sich die Unterbietung jedoch als eine planmäßige heraus, die eigens zu dem Zweck betrieben wird, die sozialen Baubetriebe am Orte aus der Konkurrenz auszuschalten. Der Beirat beschloß, die sozialen Baubetriebe zu ersuchen, jedes Submissionsergebnis dem Bauhüttenbetriebsverband zuzuführen, der seinerseits für reifliche Aufklärung der Mächtigten des Privatkapitals in breiteter Öffentlichkeit zu sorgen hat. Fernerhin wurde eine stoff organisierte Berichterstattung der sozialen Baubetriebe an die Bauhüttenbetriebsverbände und an den VSB. beschlossen. Dem Kampf der privaten Betriebe können die sozialen Baubetriebe heute mit der größten Ruhe entgegensehen.

Der neue Reichsbankausweis führt vom 7. Mai ab die Staat- und Privatguthaben sowie die Schulden des Reiches an das Zentralnoteninstitut getrennt auf, um die Uebersicht über ihre Geschäftverhältnisse zu erleichtern. Das wurde erforderlich, weil das Bankgesetz dahin abgeändert worden ist, daß die ausgegebenen Noten nicht mehr wie bisher zu einem Drittel durch vollwertiges Metall und anderes Geld gedeckt zu sein brauchen. Aus dem neuen Ausweis geht hervor, daß die Wechselbestände der Reichsbank in Höhe von 66,8 Milliarden zum weitaus überwiegenden Teil, nämlich 54,88 Milliarden Mark, auf diskontierte Scheckanweisungen entfallen, die das Reich zur Deckung schwebender Schulden ausgeben hat. Nur 1,96 Milliarden entfallen auf Handelswechsel. Von den Giroeinlagen, insgesamt rund 15 Milliarden Mark, entfallen 9,2 Milliarden auf Reichs- und Staatsguthaben, 6,46 Milliarden Mark auf Privatguthaben. Der Umlauf an Banknoten und Darlehnskassenwechseln zusammen erlief eine Summe von 199,2 Millionen Mark auf 80 582 Millionen Mark.

Die Besserung der Balanz hat in den letzten Tagen angehalten, ein Zeichen dafür, daß mit der Annahme des Ultimatums das Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands wieder gestiegen ist. Wahrscheinlich befinden sich aber unter den Devisenverkäufern Spekulanten, wenigstens lassen die außerordentlich starken Schwankungen der Kurse im Verlaufe des gestrigen Börsentages wieder darauf schließen. Gegen Mittwoch sank der Preis von 100 holländischen Gulden von 2240 auf 2077,90 M., ein Pfund Sterling ermäßigte sich im Preise von 230,70 auf 233 M., ein Dollar kostete gestern 58,31 M. (Mittwoch 62,68 M.).

Mit 6 Genf. In unserem Bericht über die Generalversammlung (Nr. 166 vom 28. April) war von Zuwendungen an die Arbeiterchaft anlässlich des Geschäftsabchlusses die Rede, die ein Aktionär geklärt wissen wollte. Der Angehörige bittet uns dazu mitzuteilen, daß es sich hierbei nicht um Darlehensleistungen an Arbeiter und Angestellte handelt. Solche haben diese nicht erhalten, sind also im allgemeinen auch nicht besser gestellt als bei anderen Firmen. In den von uns erwähnten Zuwendungen handelt es sich vielmehr um Beträge, die dem Unterstützungsfonds für Arbeiter und Angestellte zugeführt wurden.

Die Verpachtung der Schwäbischen Hütten. Der württembergische Landtag hat, wie uns ein eigener Drahtbericht meldet, mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten die Anträge seines Finanzausschusses angenommen, wonach die württembergischen staatlichen Hüttenwerke an die neu zu gründenden „Schwäbischen Hüttenwerke G. m. b. H.“ verpachtet werden. Der Sprecher der Sozialdemokratischen Partei hat an die württembergische Regierung das Verlangen gestellt, mit den Deutschen Werken U.-G. sich zu verständigen und mit ihnen die Erleichterung der württembergischen Erzfelder durchzuführen. Es gelte einen Konzern der staatlichen Betriebe des ganzen Reiches zu schaffen, damit nicht Bodenschätze des Landes dem Privatkapital ausgeliefert werden. Dennoch beschloß der Landtag den Vertrag mit der Gute-Hoffnungshütte in Oberhausen abzuschließen, um die Erzfelder des Landes nunmehr in den Dienst der Industrie zu stellen.

Oesterreich ohne Kohlen. Der Präsident des österreichischen staatlichen Kohlenamtes, Klotz, verweist darauf, daß Oesterreich mit Rücksicht auf die Wirren in Oberösterreich seit dem 1. Mai keine Kohlen erhalten hat und daher die Kohlenversorgung Oesterreichs sehr gefährdet ist. Die Saarkohle stellt sich viel teurer als die oberösterreichische Kohle, deshalb kommt sie nicht in Frage.

Folgen des Papiermachers. Die Berliner Sommetvertretung beabsichtigt laut Dema in Deutschland für 80 Millionen Zeitungs- und Druckpapier einzukaufen. Das Syndikat deutscher Papierfabrikanten stehe jedoch unmöglich hohe Preise auf. Die Sommetvertretung beschloß infolgedessen, diesen Auftrag in anderen Ländern zu vergeben.

Der Rückgang des amerikanischen Außenhandels. Nach einem Kabeltelegramm der „Chicago Tribune“ aus Washington belief sich die amerikanische Ausfuhr im April d. J. auf 340 Millionen Dollar. Das ist der kleinste Betrag seit Januar 1916. Die Einfuhr erreichte den Gesamtwert von 225 Millionen Dollar.

Gewerkschaftsbewegung

Metallarbeiterkonferenz in Frankfurt a. M.

Am letzten Sonntag fand im Frankfurter Gewerkschaftshaus die ordentliche Konferenz des Metallarbeiterverbandes, Bezirk Frankfurt, statt. Sein Gebiet reicht von Kassel bis Saarbrücken und zählt nach dem neuesten Bericht 147 000 Mitglieder. Die politische Meinungsvielfalt hat in diesem Bezirk eher noch tiefere Furchen als wo anders gezogen. Die Mehrheit ist zwar immer mehrheitspolitisch gewesen, aber auf der vorjährigen Konferenz in Gießen gelang es durch Ungültigkeitserklärung der Mandate der mitgliederreichen Verwaltungsstelle in Saarbrücken, eine knappe Mehrheit für die USP zu konfirmieren. Das so korrigierte Bild wurde benutzt, die erweiterte Bezirkskommission aus USP-Leuten zusammenzusetzen. Die Kommission soll der Bezirksleitung mit Rat und Tat zur Seite stehen, hätte also aus Kollegen von Orten, wo das wirtschaftliche Leben hohe Wellen schlägt, gebildet sein müssen. Die neue Zusammensetzung war anderer Meinung. Sie wählte in diese Beratungsinstitution Kollegen aus Urberach, Höhr, Dillenburg, kurz aus Orten, wo an Industrie und Mitgliedschaft nichts Kennenswertes vorhanden ist. Das Parteibuch der USP wurde als Ersatz für wirtschaftliche Erfahrung gehalten. Das gleiche bei der Wahl des Bezirksleiters.

Welche Wirkungen diese Machenschaften in der Mitgliedschaft hervorriefen, zeigt die Zusammenfassung der diesjährigen Konferenz. Von den 98 Delegierten gehörten 65 der Mehrheitssozialdemokratie an, der USP 19, der SPD 14. Die ersten vertreten fast 100 000 Mitglieder, die beiden anderen den Rest. Der Bericht der mehrheitssozialistischen Delegation, die Bezirkskommission nun so zu ändern, wie es der Vernunft und der Demokratie entspricht, mußte aufgegeben werden, weil dem eine dehnbare statutarische Bestimmung und die jetzige Zusammenfassung des Hauptvorstandes entgegenstehen.

Auf der Tagesordnung der Konferenz stand der Bericht der Bezirksleitung und ein Referat des Verbandsvorsitzenden Dismann über die Aufgaben der Gewerkschaften. Der Bericht ließ die Tätigkeit des Verbandes als auch die vielen Schwierigkeiten, die Wünsche der Mitglieder zu erfüllen, Reue passieren. Dismann schilderte unsere innerpolitische und außenpolitische Lage und die Gefahren, die daraus für die deutsche Arbeiterschaft entstehen. Er zog daraus den Schluß, daß die Schwierigkeiten nur durch eine geeinigte Arbeiterschaft überwunden werden könnten. Den Schluß des Vortrags bildete eine Mahnung zur Einigkeit. — Für die mehrheitssozialistische Delegation erklärte Kummer hierzu:

„Kollege Dismann hat eine dringliche Mahnung zur Einigkeit an uns gerichtet. Es ist erfreulich, daß sich nun auch diese Seite zu der Auffassung bekennt, die wir seit der Spaltung immer und überall ehrlich und nachdrücklich vertreten haben. Wie gering hierin unser Erfolg bei den zwei anderen Richtungen gewesen ist, weiß jeder. Wenn sich darin, wie es scheint, eine Wendung vollzieht, so begrüßen wir das sehr freudig. Um diese glückliche Wendung zum Besseren nicht zu hemmen, wollen wir unterlassen zu untersuchen, wer die Schuld an der Spaltung trägt und wer die Entzweiung der Arbeiterschaft am rücksichtslosesten geschäft hat. Um das Einigungswerk zu beschleunigen, dünkt es uns ratsam, wenn die, welche als die Schuldigen an dem Unheil der Arbeiterklasse angesehen werden, sich zurückziehen, weil ihre Einigungsmahnungen einen bitteren Beigeschmack haben und zu allerhand Vermutungen Anlaß geben könnten. Der Einigungswille auf der anderen Seite steht offensichtlich mit der Zunahme unserer Stärke in einem Zusammenhang. Wir konstatieren das. Im übrigen wollen wir so eifrig wie bisher für die Einigung eintreten. Wir haben darin unsere Pflicht immer getan; wir werden sie auch weiter tun. Tun Sie auch die ihre.“

Die Gewerkschaftskonferenz in Bitterfeld.

Am 10. Mai tagte in Bitterfeld eine von 113 Funktionären besuchte Gewerkschaftskonferenz, die sich mit den Vorgängen in Mitteldeutschland und Gewerkschaftsfragen beschäftigte. Genosse Krüger, der Vorkonferenz behandelte in seiner Eigenschaft als Zivilkommissar die Vorgänge in Mitteldeutschland. Ueberzeugend wies er nach, daß der letzte Putz insbesondere die Gewerkschaftsbewegung schwer geschädigt habe. Methoden, die vor circa 20 Jahren einzelne Arbeiterschichten glaubten anwenden zu können, haben ihre Auserkennung neu gefunden. Den Putz als reine Spiegelfahrt hinzustellen, geht nicht an, da ja sonst die kommunistischen Zentralen als Spiegel bezeichnet werden müßten. Die Vorgänge in Eisleben und Heilstadt, wo einfachen Arbeitern die feinen Hütten, die sie von ihren Vätern ererbt hatten, zerstört wurden, bietet Beweis genug, daß dieser Putz mit Klassenkampf gar nichts zu tun hatte. Im Leuna-Werk hatten sich Verhältnisse herausgebildet, die ein Eingreifen der Schupo notwendig machten. Krüger kritisierte das Verhalten einiger Kommunistenführer, die nicht nach den Worten einer großen Vorkonferenz gehandelt haben, die vor Gericht erklärte: „Ein Revolutionär steht zu seinen Taten!“ Es ist unverantwortlich, zu solchen Putzaktionen aufzumuntern und nachher seine werte Persönlichkeit in Sicherheit zu bringen. Die Arbeiterschaft muß aus den traurigen Vorkonferenzen die Lehre ziehen, daß durch die Putzaktionen die Reaktion gestärkt und die Arbeiterbewegung geschwächt wird. Wir können uns diesen Luxus nicht wieder leisten, sondern müssen klar aussprechen: noch ein derartiger Putz und die Arbeiterbewegung ist reitungslos niedergeschlagen.

Ueber „Gewerkschaftsfragen“ sprach Genosse Mittel-Berlin. Er hob einleitend den unlöslichen Widerspruch zwischen den Worten und den Taten der SPD in der Gewerkschaftsfrage hervor und wies nach, daß die Zellenbildung und die Unterordnung unter dem Diktat von Moskau zweifellos zur Schwächung und in weiterer Folge zur Spaltung der Gewerkschaften führen muß. Auch Kommunisten, die jahrelang in der Gewerkschaftsbewegung tätig waren, erklären rund heraus, daß sie das, was die Reichsgewerkschaftszentrale der SPD erstrebt, nicht mitmachen können. Die Angriffe des Unternehmertums auf Arbeiterrechte werden nur durch die geeinten Gewerkschaften abgewehrt. Deshalb die Gefährlichkeit der SPD, deshalb müssen wir die Zellenbildung der SPD und auch anderer Parteien, ganz gleich, welchen Namen sie führen, auf das schärfste bekämpfen. Auch in Mitteldeutschland muß die Arbeiterschaft diesen Weg gehen.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heutige Gewerkschaftskonferenz für den Industriebezirk

Bitterfeld lehnt jede Putzaktion ab. Sie erklärt, auf dem Boden des DDB zu stehen und verurteilt jede Zerspaltung der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft. Die Konferenz verlangt, daß die Sondergerichte beseitigt und die Angehörigen vor ordentliche Gerichte gestellt werden. Den Angehörigen der Beurteilten und Inhaftierten soll alle mögliche Unterstützung gewährt werden.“

Ein Betriebsrats-Obmann.

Seit der Neuwahl der Betriebsräte hat die Belegschaft auf Reddinghausen I bereits den zweiten Obmann. Der Unionist war schon nach vier Wochen erkrankt. Ihm folgte Herr Kuballa von der polnischen Berufsvereinigung. Seinen Amtsantritt kündigte er mit folgendem, der „Bergarbeiter-Zeitung“ wörtlich entnommenem Manifest an:

„Sehe Reddinghausen I.
Gewehrte Kameraden!

Unterzeichneter bringe euch zur Erkenntnis, das in den Betriebsratswahlen die jetzt am 26. stattgefunden haben, ist das Ergebnis das meine Verantwortlichkeit als ersten zu eurer Vertretung betroffen hätte und ich danke euch für das anderweitige Vertrauen. Kameraden ich berufe euch, seit euch einig, ohne Unterschied der Organisation, den nur die Einigkeit die uns Bergarbeiter die das Fortbestehen der Arbeiterschaft sicher kann.

Weiter Bist ist es das wir die Organisationen als Mitglieder treu bleiben und an die das Gerechtigkeits Anfordern. Hier in gebe ich euch mein vollstes Bekenntnis, das ich in meinen Verpflichtungen vollständig Unparteiisch handeln werde, so am schluß bitte ich euch in meiner Soziale in aller möglichkeit mich zu unterstützen. Glück Auf Mitglied der Arbeitsgemeinschaft aus dem Polnischen-Berufsvereinigung, gez. Kuballa.“

Was müssen das für Arbeiter sein, die sich ein Unikum mit der Vertretung ihrer Interessen beauftragen? Und was müssen das erst für Unternehmer sein, die solche „Arbeitervertreter“ nicht mit offenen Armen empfangen? Ein Trost ist es, daß die Belegschaft von Reddinghausen I schon zu der Erkenntnis gekommen ist, daß der alte Bergarbeiterverband wieder die Führung übernehmen muß.

Die Arbeitszeit im Bankgewerbe.

Die Gültigkeit der Verfügung des Demobilisierungskommissars vom 10. Februar 1921, die die Leistung von Ueberstunden durch alle über 16 Jahre alten Angestellten bei im öffentlichen Interesse stehenden Arbeiten bis zu 15 Stunden wöchentlich und beim Vorliegen unauflösbarer Arbeiten in besonderen Ausnahmefällen auch darüber zuläßt, ist am 31. März abgelaufen. Die Arbeitnehmer haben nun im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates eine diesbezügliche Anfrage eingebracht und den Standpunkt vertreten, daß der genannte Termin für die Gültigkeit der Verordnung gegenstandslos geworden sei, da die Verhältnisse auch jetzt noch die gleichen seien. Das Reichsarbeitsministerium und das preussische Handelsministerium sollen erlucht werden, zu dieser Frage Stellung zu nehmen und besonders zu erklären, was die Reichsregierung zu tun gedenkt, um die den Betriebsräten gesetzlich zustehende Mitwirkung bei der Festsetzung der Arbeitszeit im Bankgewerbe sicherzustellen.

Die Notwendigkeit zur weiteren Ausdehnung der verlängerten Arbeitszeit im Bankgewerbe können wir keineswegs anerkennen. Die Zahl der Arbeitslosen ist so groß, daß es nicht schwer fallen dürfte, so viel geeignete Kräfte zu finden und einzustellen, daß ein so hohes Maß von Ueberstunden wie die Unternehmer es wünschen, nicht notwendig sind. Wir erwarten daher, daß das Reichsarbeitsministerium einer Verlängerung der Arbeitszeit für das Bankgewerbe nicht zustimmt, sondern darauf hinweist, daß nur durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit für möglichst alle Arbeitslosen die Produktivität des Landes gesteigert und damit erst die Möglichkeit geschaffen wird, die ungeheuren Kosten zu tragen, die wir eben unter dem Zwange der Entente-bajonette auf uns genommen haben.

Um den früheren Labenschluß.

Auf der Tagesordnung der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats vom 12. Mai stand ein Antrag Bedmann (Wilhelm), der eine Veränderung der Bestimmung des § 1801 der Reichsgewerbeordnung bezweckt. Wie die P. A. R. melden, erfolgte die Annahme des Antrages in der ersten Lesung. Der Antrag, der in einer zweiten Lesung nochmals behandelt werden soll, lautet:

„Der Sozialpolitische Ausschuss wolle beschließen, die Reichsregierung zu eruchen, auf schnellstem Wege durch eine entsprechende Veränderung der Bestimmungen des § 1801 der Reichsgewerbeordnung die Gemeinden die Möglichkeit zu geben, durch ordnungsgemäße Vorschriften einen früheren als den 7-Uhr-Labenschluß herbeiführen zu können.“

Lohnabbau im Schlichtungsausschuss.

Die große Mehrzahl der Angestellten des Schlichtungsausschusses Groß-Berlins (circa 100 Personen) erhielt am Donnerstag folgendes bezeichnende Schreiben vom Demobilisierungskommissar:

„Die Landeszentralbehörde hat Ihre Einreichung in die bisherige Vergütungsgruppe beanstandet. Da der Angestelltenrat des Schlichtungsausschusses es abgelehnt hat, in eine erneute Verhandlung über Ihre anderweitige Eingruppierung einzutreten, so sehe ich mich genötigt, Ihr Dienstverhältnis zum 30. Juni d. J. zu kündigen. Ihre Weiterbeschäftigung bei dem Schlichtungsausschuss unter anderweiter Regelung Ihrer Vergütungsbezüge stehen diesseits aber keine Bedenken entgegen und stelle ich Ihnen anheim, einen Antrag auf Wiederannahme bei der dortigen Geschäftsleitung zu stellen.“
A. B. gez. von Hoffmann.“

Nach Inkrafttreten des Reichstarifs für die Angestellten der Reichs- und Staatsbehörden erfolgte die Eingruppierung der Angestellten des Schlichtungsausschusses mit ausdrücklicher Zustimmung des Demobilisierungskommissars. Die Auszahlung der Gehaltszüge geschah demgemäß rückwirkend vom 1. April 1920 ab. Nach der Bestimmung des Tarifvertrages hat die Eingruppierung der Angestellten im Einverständnis mit der Angestelltenvertretung durch die Dienststelle zu erfolgen, und durch die schriftliche Bestätigung seitens der Dienststelle erlangt sie bindenden Charakter. Das Verhalten des Demobilisierungskommissars ist also ein glatter Tarifbruch, gegen den schärfster Protest eingelegt wird. Dies ist sicher nur der Anfang

des großen Schlages, der gegen die Angestellten der Reichs- und Staatsbehörden insgesamt geführt werden soll. Dieselben Angestellten, die in jähester und ausdauerndster Arbeit und unter den schwierigsten Raumverhältnissen den Schlichtungsausschuss aufgebaut haben und deren jüngere Kollegen und Kolleginnen auch heute noch geradezu jämmerliche Gehälter beziehen, sollen aufs Pfahler geworfen werden, um den erklärten Lieblingen hoher Behörden, Militärämtern und sonstigen „wohlverdienten“ Leuten, Platz zu machen. Besonders beachtenswert ist, daß man eine derartige Herausforderung der Angestellten gerade an der Stelle wagt, die überall als vornehmstes Werkzeug des Wirtschaftsfriedens bezeichnet wird. Es zeigt sich an diesem Beispiel, wie sehr furchtbarer Ernst in der Forderung nach Demokratisierung der Verwaltung liegt. Es wird Sache der Gewerkschaften und aller Angestellten sein, den Herren, die den „Wirtschaftsfrieden“ so oft und so salbungsvoll im Munde führen, zu zeigen, daß sie sich eine derartige Provokation unter keinen Umständen gefallen lassen.

Preispolitik und Löhne im Friseurgewerbe.

In der Mitgliederversammlung des Arbeitnehmerverbandes für das Friseurgewerbe wurde der Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen mit den Arbeitgeber-Vereinigungen und -Bereinigungen vom Kollegen Reitschke gegeben. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß die Verhandlungen nun schon seit dem 6. November 1920 gehen und zu einem Vergleich vor dem Schlichtungsausschuss geführt haben. Dieser Vergleich wurde aber nicht unter der Bedingung abgeschlossen, daß die Arbeitgeber gleich eine Preiserhöhung von 40 Prozent vornehmen sollen. Die Höhe der Gehaltshilfen, welche nur um 14 Prozent erhöht sind (d. h. 20 Mk. auf den Mindestlohn ab 2. Mai), müssen also unter dieser Voraussetzung mindestens noch eine Aufbesserung erfahren. Die Gehaltshilfe verlangt zumindest eine gleichlaufende Aufbesserung, wie die der Arbeitgeber, nämlich auch 40 Prozent.

Die Diskussion bewegte sich im selben Sinne. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, in der herangezogen wurde, daß die Arbeitgeber unverzüglich mit der Tarifkommission des Verbandes verhandeln sollen zwecks weiterer Vorschläge auf alle Lohnpositionen.

Sollten wieder Erwarten diese Verhandlungen erfolglos verlaufen, so wird sich die Gehaltshilfe an die Öffentlichkeit wenden, um dadurch eine Abänderung herbeizuführen. Die Löhne von 155 Mk. für Herrenfriseur und 165 Mk. für Damenfriseur und die gelehrten Friseure stehen, wenn die nicht unbedeutenden Umlösten für Wäsche und Handwertzeug und das heute so teure Fahrgehalt abgezogen werden, noch weit unter den von der Erwerbslosenfürsorge gezahlten Unterstützungssätzen der gänzlich arbeitslosen Kollegen. Die Friseurgehaltshilfe erwartet deshalb ein Entgegenkommen von Seiten der Arbeitgeber.

Achtung, Einseher und Bautischler!

Wegen Nichtbezahlung der Tariflöhne und Ueberziehung der Arbeitszeit ist der Bau „Deltrux“, Schönberg, Mühlenstraße, für die Einseher und Bautischler der Firma Kaabe, Berlin, Ullmstraße, gesperrt.
Deutscher Holzarbeiter-Verband, Zahlstelle Berlin.

Lohnabbau in der Saar-Eisenindustrie?

Der Arbeitgeberverband der Saarindustrie hat die Gewerkschaften förmlich eingeladen, über einen Abbau der Hüttenarbeiterlöhne zu verhandeln. Ueber die vorgeschlagene Höhe ist noch nichts bekannt. Die Metallarbeiter sind sich aber darüber einig, mit aller Macht vorläufig eine Lohnreduzierung abzumehren, mit der Begründung, daß der gestiegene Frankenkurs bzw. das Fallen der Mark eine weitere Preissteigerung im Saargebiet herbeiführen werde. Einzelne Arbeitgeber der weiterverarbeitenden Industrie haben in letzter Zeit höhere Mark-Löhne bewilligt, die aber noch nicht tariflich festgelegt sind.

Erzwungenes Zusammenarbeiten mit Unorganisierten in Amerika. Berichte aus den Vereinigten Staaten belagen, daß der Widerstand der organisierten Arbeiterschaft gegen die Open-shop-Bewegung erfolglos bleibt. Zuletzt haben 106 Betriebe im Bauwesen ihre Arbeiter auf Grund des Open-shop-Prinzips wieder eingestellt. Die Unternehmer erklärten, daß sie nicht mehr geneigt sind, mit den Gewerkschaften Tarifverträge zu schließen. Die infolge der Wirtschaftskrise entstandene Arbeitslosigkeit ermöglicht den Arbeitgebern, die Sabotage der Gewerkschaften durchzuführen. — Dabei es allerdings auf den Grad der Widerstandsfähigkeit der Gewerkschaften mit ankommt.

Parteilosen, Ausflügel! Die gastwirtschaftlichen Angestellten der Ortsgruppe Potsdam des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten befinden sich seit längerer Zeit mit den Unternehmern in Differenzen. Wir bitten alle Genossen und Ausflügel, die Potsdam und Umgegend besuchen, darauf zu achten, daß da, wo die Forderungen bewilligt sind, die Keller mit einer gelben Ausweisarte mit rotem Querschnitt, der die Buchstaben B. H. enthält, versehen sind. Wer nicht im Besitze eines solchen Ausweises ist, gehört dem Zentralverband nicht an. Man weise die Bedienung zurück. Gewerkschaftsartefakt Potsdam.

Deutscher Eisenbahnerverband. Mitglieder, die mindestens seit dem 1. April 1921 arbeitslos sind, werden aufgefordert, sich in der Zeit vom 18. bis 31. Mai auf dem Verbandsbureau, Behanienufer 10, I, zwecks Erhebung einer einmaligen Unterstützung zu melden.

Die Angestellten des Ruhrgebiets in der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau eruchen den Reichsarbeitsminister, den Bergarbeiteraussschuss, der die Vorkarbeiten für das Reichsnopplachtsgesetz leistet, zu veranlassen, seinen Personentreis um einen Vertreter aus der Gruppe der Angestellten aus der Essener Arbeitskammer zu erweitern.

Streik der Dodarbeiter in Buenos Aires. Die organisierten Hafnarbeiter haben den Generalstreik erklärt, um ihre Forderung durchzusetzen, daß nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiter eingestellt werden sollen. Der Hafnerstreik ist lahmgelegt.

Berichte, für den rebelt. Zeit: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Kasse: Th. Glade, Berlin. Verlag: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlag u. Verlagsgesellschaft Hans Einger u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Circa 1. Auflage.



Deutscher Weinbrand

Scharlachberg
Kleisterbrand

Die Marke des verwöhntesten Feinschmeckers.

Bingen a. Rh.



Carl G. Bienenhofer, Berlin W. 50, Fritcher Str. 3. Tel. Umland 524

Cognacbrennerei Scharlachberg G. m. b. H., Bingen am Rhein

Kleide Dich billig, elegant!

◆◆ im LEIHHAUS MORITZPLATZ 58a ◆◆

Jackett-Anzüge, Cutaways, Ulster

teils auf Seide, früher bis 1200 M., jetzt für 400-500 M. Ein Posten Gummimäntel Stück 300 M. Ferner Damen-Kostüme, -Mäntel, enorm billig! Pelzwaren nach beendeter Saison 50%, herabgesetzt! Kreuzfische 200 M., Zobel-, Blau-, Weiß-, Silberfische. Keine Lombardware!